

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis für den Monat 1,10 RM,
für den halbjährlichen 6,10 RM,
für den jährlichen 11,10 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen
jeweils 20 Pfennig pro Zeile.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 8. Oktober 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Deutsch-österreichische Truppen auf serbischem Boden.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
7. Oktober 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die französische Offensive in der Champagne
nahm ihren Fortgang. Nach starkem, nach und nach bis
zur äußersten Heftigkeit gesteigerten Artilleriefeuer setzten
gestern mit Tagesgrauen die Angriffe wieder ein.

Nur bei und nördlich T a h u r e gelang es dem Feinde
nach hin und her wogendem Gefecht etwa 800 Meter
Raum zu gewinnen.

Die Versuche des Feindes, die Stellung nördlich des
Beau-Séjour-Schloßes zu durchbrechen, scheiterten gänzlich.

Einen heftigen aber erfolglosen Angriff in den Morgen-
stunden gegen die Briqueterie-Stellung nord-
westlich von Bille-sur-Tourbe folgten im Laufe
des Tages nur schwächere Vorstöße, die abgewiesen oder
durch Artilleriefeuer im Keim erstickt wurden.

Nördlich von A r r a s finden nur bedeutungslose Hand-
granatenkämpfe statt.

Im Aisne-Tal bei Sapignol mißglückte ein
schwächlicher französischer Ueberfall auf einen vorspringenden
Grabenteil.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.
Vor D u n a b u r g drangen unsere Truppen in fünf
Kilometer Breite in die feindliche Stellung ein.

Südlich des D r y s w a t z - S e e s ist der Feind weiter
zurückgedrängt; eine attackierende russische Kavallerie-
Brigade wurde zusammengehossen. Zwischen dem B o -
g i n s k o j e - S e e und der Begud von Smorgon wiederholten
die Russen ihre verlustreichen Durchbruchversuche, die ohne
Ausnahme, zum Teil nach Nachtampf, gescheitert sind. Es
sind 11 Offiziere, 1300 Mann zu Gefangenen gemacht.

Vom Balkan.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen
mit Bulgarien.

Die bulgarische Antwort.

Petersburg, 6. Oktober. Ueber Kopenhagen. (W. L. B.)
Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur
aus Sofia vom 5. Oktober ist die Antwort der bulgarischen
Regierung auf das russische Ultimatum dem russischen Gesandten
um 2 Uhr 40 Minuten nachmittags übergeben worden.

R o m , 7. Oktober. (W. L. B.) Meldung der Agenzia Stefani.
Die Gesandten Englands und Italiens haben der bulgarischen
Regierung eine Note überreicht, in der sie sich dem von den Gesandten
Russlands und Frankreichs überreichten Ultimatum an-
schließen. Sie forderten ihre Pässe.

Bei R a g g a s e m (an der Rigaer Bucht) wurde ein
russisches Torpedoboot durch unsere Landbatterien schwer
beschädigt.

Heeresgruppen der Generalfeldmarschälle Prinz Leopold von Bayern.
Nichts Neues.

Heeresgruppe des Generals v. Anslngen.

In den Kämpfen bei Czartorysk ist der Feind
aus den Waldungen westlich dieses Ortes geworfen.

Balkankriegsschauplatz.

Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen haben
die Drina, die Save und Donau an mehreren
Stellen überschritten und auf dem östlichen
Drina- und südlichen Save- und Donauufer festen Fuß
gefaßt.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

W i e n , 7. Oktober. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: Wien, 7. Oktober 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

An der bessarabischen Grenze und bei Argemientec
in Bolyhnie wurden mehrere russische Angriffe abgewiesen.
Sowohl herrschte an der ostgalizischen Front und an der Tzwa
Ruhe. Nördlich von Dubno und an der Putilowka setzte der
Feind an zahlreichen Punkten unter großem Munitionsaufwand
starke Kräfte zum Angriff ein. Er wurde überall unter schweren
Verlusten zurückgeschlagen. Stellenweise kam es zu einem er-
bitterten Handgemenge, so bei Dlyka, wo den Russen die Linien
Division in gewohnter Kaltblütigkeit entgegentrat. Wir nahmen
etwa achtshundert Mann und mehrere Offiziere gefangen. Nord-
östlich von Kollk, beiderseits der von Sarny nach Komel
führenden Bahn, ist der Feind an einzelnen Stellen auf das
Westufer des Styr vorgegangen. Ein von österreichisch-ungari-
schen und deutschen Kräften geführter Gegenangriff schreitet er-
folgreich fort. Österreich-ungarische Bataillone entziffen den
Russen das zäh verteidigte Dorf Kallikowice am Styr, wobei
zweihundert Gefangene eingebracht wurden. Deutsche Truppen
vertrieben den Gegner aus seinen Stellungen bei Czartorysk.

Bei den I. u. I. Streitkräften an der oberen Szczara
nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsstätigkeit an der Südwestfront beschränkte sich
gestern auf die gewöhnlichen Geschützkämpfe. Nur gegen den
Nordteil der Hochfläche von Daberdo, bei Peteano, versuchten
Abteilungen eines italienischen Mobilmilitärregiments anzugreifen.
Dieses Unternehmen scheiterte vollständig. Unsere Truppen jagten
den Feind in der Nacht bis über seine Vorpostenaufstellung zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Osterreichisch-ungarische und deutsche Streitkräfte erzwangen
sich gestern zwischen der Mündung der Drina und
dem Eisernen Tor an zahlreichen Punkten den
Uebergang über die Save- und Donaulinie. Die
serbischen Vortruppen wurden zurückgeworfen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Goerck, Feldmarschallleutnant.

Sämtliche Gesandte der Entente verlangen
ihre Pässe.

S o f i a , 6. Oktober. (W. L. B.) Meldung der Agence
Vulgare. Gestern abend haben die Vertreter des Bierverbandes
ihre Pässe gefordert. Der italienische Gesandte, der keine Note
überreicht hatte, schloß sich der Forderung seiner Kollegen an.
Der belgische Gesandte gleichfalls. Heute früh ließ sich auch
der serbische Gesandte seine Pässe aushändigen.

Die griechische Ministerkrise.

M a i l a n d , 7. Oktober. (Ueber Bern.) (W. L. B.)
„Secolo“ übernimmt eine Meldung des Athener Blattes
„Esperini“, worin das Entstehen der Ministerkrise folgender-
maßen geschildert wird: Nach den Erklärungen in der Kammer
hatte König Konstantin mit Venizelos eine Unterredung,
wobei der König erklärte, daß er die Mobilisation als Vor-
sichts- und Verteidigungsmahregel gutgeheißene habe, ein Ein-
greifen in einen verhängnisvollen Krieg zur Verteidigung
Dritter aber nicht billigen werde, einen Krieg, zu dem
Griechenland auf Grund schriftlicher Abmachungen durchaus
nicht verpflichtet sei.

Parlamentarismus und aus-
wärtige Politik.

Von Ed. Bernstein.

II.

Bei alledem sind es im 18. Jahrhundert streitende Inter-
essen der gesellschaftlichen Oberschicht gewesen, welche ab-
wechselnd in der Gestaltung der auswärtigen Politik den Aus-
schlag gegeben haben. Das 19. Jahrhundert sieht in England
den Aufstieg der Demokratie und damit auch neue Auffassun-
gen von den Aufgaben der auswärtigen Politik. Konnten die
demokratischen Parteien den Grundsatz von der Stetigkeit
dieser letzteren gelten lassen? Man braucht sich nur zu ver-
gegenwärtigen, daß dies unter Umständen Bindung der De-
mokratie an Anzettelungen kapitalistisch-imperialistischer Par-
teien heißen würde, um dahinter zu kommen, daß das schöne
Wort Stetigkeit eine sehr zweifelhafte Ware bergen kann.

Als daher im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts
Lord Rosebery, der Leiter der auswärtigen Politik im letzten
Gladstone'schen Kabinett, die Parole ausgab, daß England im
Angezicht der neuen Machtverhältnisse in Europa sich nicht
mehr den Luxus des Schaukelstuhls in der auswärtigen
Politik gestatten könne, sondern diese außerhalb des Partei-
kampfes stellen müsse, stieß er damit gerade in der demo-
kratischen Linien der liberalen Partei auf Widerpruch. Rose-
berys Unterstaatssekretär war Sir Edward Grey, und der
Umstand, daß dieser sich, als er 1894 Roseberys Nachfolger
wurde, zunächst als dessen Schüler gab, ist eine der Ursachen,
weshalb die Demokraten Englands damals und auch noch 1905,
als Grey zum zweitenmale ins Amt kam, seiner auswärtigen
Politik ein starkes Mißtrauen entgegenbrachten. Und da Grey,
wie wir gesehen haben, die von seinem unmittelbaren konser-
vativen Vorgänger Lansdowne abgeschlossene Ententepolitik
fortsetzte und erweiterte, konnte dies Mißtrauen auch als
durchaus gerechtfertigt erscheinen.

Neuerdings hat sich in dieser Hinsicht bei einem Teil des
demokratischen England eine Wandlung in der Beurteilung
Grens vollzogen. Um sie zu verstehen, muß man im Auge
behalten, daß die Ententepolitik von Anfang an ein doppeltes
Gesicht trug. Was sie den Demokraten Englands anstößig
machte, war u. a. die Gefahr einer Einpannung Englands
in das Spiel französischer Revanchepolitiker. Gegen einen
Ausgleich mit der französischen Republik, der den ewigen Fei-
dungen zwischen England und Frankreich ein Ende machte,
kommen sie am allerwenigsten etwas haben. Und ebenso wäre
ein gründlicher Bruch mit der von den Tories ererbten Anti-
russenpolitik ganz nach ihrem Geschmack gewesen. Aber als
Friedenspolitiker, die auch gute Beziehungen zu Deutschland
erstrebten, wollten sie England nicht zum Schlichter jener
Revanchepolitik sich hergeben sehen, und als Demokraten
verwarfen sie das anglo-russische Abkommen über Persien, das
Persiens Entwicklung und Freiheit beeinträchtigte. Die Vor-
gänge vom Juli vorigen Jahres, die den Krieg herbeiführten,
und der Krieg selbst konnten natürlich nicht ohne jede Rück-
wirkung auch auf das Urteil demokratischer Engländer über
die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs mit Deutschland
bleiben. Dagegen lassen die verschiedenen diplomatischen Ver-
öffentlichungen, die der Krieg zur Folge gehabt hat, in ihren
Augen nunmehr die Auffassung zu, daß Grey zunächst zwar
die Ententepolitik übernahm und zur Vollendung brachte,
aber daß er weiterhin im Ernst danach gestrebt hat, als ihr
Fortsetzer zugleich auch ihr Liquidator zu werden. Es ist
interessant, wie der Eindruck von einer Entwicklung dieser
Art in den Berichten der belgischen Gesandten widerpiegelt,
welche das deutsche Auswärtige Amt aus Grund der Funde
in den durchsuchten belgischen Archiven jetzt veröffentlicht hat.
Die Grundnote dieser Berichte ist Voreingenommenheit der
Belgier zugunsten Deutschlands, Abneigung gegen die fran-
zösische und Vereiztheit über die englische Politik. Speziell
die letztere ward von den Belgiern lange Jahre hindurch als
die treibende Kraft der auf diplomatische Isolierung Deutsch-
lands zielenden Abmachungen hingestellt, sie selbst aber fühlten
sich bis zu einem gewissen Grade England gegenüber mit
Deutschland solidarisch, weil die englische Regierung damals
die Führerin in der Protestaktion gegen die belgische Ver-
waltung des Kongostaates war. Später lauten die Gesand-
tschaftsberichte objektiver, betonen aber noch immer die Vor-
ingenommenheit Englands gegen Deutschland. Von 1912
ab jedoch bricht eine andere Note durch, die Bemühungen der
englischen Regierung, mit Deutschland zu einer Verständigung
zu gelangen, werden hervorgehoben, und im Bericht des bel-
gischen Gesandten in Paris, Baron Guillaume, wird sogar
am 8. Mai 1914 festgestellt, „ernstbaste und überlegte Köpfe
in Frankreich zweifeln daran, daß Frankreich am Tage eines
europäischen Brandes bei den Engländern Hilfe finden

würde, und hinzugefügt, England „hört nicht auf mit Deutschland zu kokettieren“.

Die Tatsachen haben jene Furcht der „ernsthaften Köpfe“ widerlegt, indes war jedenfalls soviel richtig, daß tatsächlich die Sprache der englischen Staatsmänner und der tonangebenden Presse Englands mit Bezug auf Deutschland eine freundlichere geworden war. Da nun diese Wandlung zu einer Zeit eintrifft, wo Eduard VII. das Zeitliche gesegnet hatte, würde mancher sich veranlaßt fühlen, sie als Beweis für die These von der Stetigkeit monarchischer und der Unstetigkeit parlamentarischer auswärtiger Politik anzuführen. Man würde argumentieren können, weil Eduard VII. nicht mehr da war, darum der Wandel in der Richtung zum Abbau der Einfreierungspolitik, und diejenigen, denen der verstorbene König von England als die Seele jener Politik galt, müssen sogar so folgern. Wer aber sie für verderblich hielt, kann der es bedauern, daß der außerparlamentarische Einfluß des gekrönten Diplomaten, der nach der oben erwähnten Theorie die Stetigkeit vertreten sollte, in Wegfall kam und durch Befreiung des Parlaments von seinem Einfluß die Durchbrechung der berühmten Stetigkeit ermöglicht oder erleichtert wurde?

Es ist für unsere Untersuchung gleichgültig, ob der Tod Eduards VII. in Wirklichkeit jene Bedeutung gehabt hat. Die einfache Tatsache, daß es sich so zutragen konnte, genügt, um zu veranschaulichen, wie unzuverlässig die Korrektur des parlamentarischen Systems durch die Zustucht zum persönlichen Regiment ist. Sie ist ein Glücksspiel, bei dem sich die Demokratie unmöglich beruhigen kann. Die Demokratie hat die Lösung des Problems in einer ganz anderen Richtung zu suchen, nämlich in unablässigen Wirken für ein Verhältnis der Staaten und Völker zu einander, das mit den Resten der alten Kabinettspolitik ganz auf räumt. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, muß ihr Ruf aber nicht sein „weniger Parlamentarismus“, sondern muß lauten: „mehr Parlamentarismus“, das heißt: mehr Recht der Volksvertretung in Bestimmung der auswärtigen Politik und mehr Öffentlichkeit, mehr freie Diskussion in bezug auf sie.

Wenn Sozialdemokraten den Parlamentarismus als Gefährdung der Friedensbereitschaft hinstellen, so machen sie sich einer verwerflichen Irreführung des Volkes durch eine Halbwahrheit schuldig. Parlamente sind weder fehlerfrei noch unfehlbar, das wissen wir nur zu gut. Aber wir wissen auch, daß sie am gefährlichsten sind, wenn sie unkontrolliert schaffen, wenn die Möglichkeit fehlt oder verkümmert ist, dem Volke klaren Wein darüber einzuschütten, welchen Verantwortungen es ausgesetzt ist. Unzweifelhaft wird es nicht selten vorkommen, daß die Träger der Vollziehungsgewalt jener Verantwortungen sich mehr bewußt sind und in höherem Grade wünschen, ihnen gemäß zu handeln, als um die Gunst verbildeter Gesellschaftsschichten bühnende Parlamentarier. In solchen Fällen ist jedoch zehnmal mehr Sicherheit gegen das Treiben der letzteren darin zu finden, daß man durch Freigabe von Wort und Schrift es möglich macht, den Schleier wegzuziehen, hinter dem es sich birgt, als durch Aufrechterhaltung eines Zustandes, der weder Recht noch Gerecht ist. Das Goldstück ist von jeder aller Kaufspieler beste Gelegenheit gewiesen.

Der Parlamentarismus, ohne ein freies Volk hinter ihm, ist ein zweischneidiges Instrument. Aber auf unzähligen Blättern der Geschichte steht es geschrieben, daß man die Dinge nicht verbessert, wenn man die Geschichte der Völker dem Spiel der unfontrollierbaren Mächte überantwortet, die überall die Träger der Vollziehungsgewalt umgeben und dort mit größter Kraft auf sie einwirken, wo das Volk keine direkte Vertretung hat.

## Englische Vorschläge zur Lösung der Krise in Griechenland.

London, 7. Oktober. (B. L. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. „Times“, „Morningpost“, „Daily News“ und „Daily Chronicle“ besprechen die griechische Krise und gelangen einstimmig zu dem Schluß, die einzige Möglichkeit zur raschen Beendigung der unerträglichen Lage sei, die in Saloniki gelandeten Streitkräfte sofort so viel wie möglich zu vermehren und sie durch ein mächtiges Geschwader zu unterstützen. „Times“ und „Morningpost“ dringen außerdem darauf, der griechische König solle aufgefordert werden, unzweideutig seine Absichten erkennen zu geben.

## Ein serbisch-bulgarischer Zwischenfall.

Sofia, 7. Oktober. (B. L. V.) Die bulgarische Telegraphen-Agentur erzählt, daß sich vergangenen Montag in Nisch ein schwerer Zwischenfall ereignet habe. Eine Ordonnanz des bulgarischen Militärattachés wurde von serbischen Polizeibeamten angegriffen, die ihn schwer verletzten. Die Aerzte stellten an dem bewußtlosen Soldaten eine vier Zentimeter breite Wunde am Kopfe fest und einen Schädelbruch. Dieser Zwischenfall, der spät in Sofia bekanntgeworden ist, erregt lebhaften Jörn.

## Verlegung der serbischen Regierung nach Dristina.

Basel, 7. Oktober. (B. L. V.) Einer Privatmeldung der „Völler Nachrichten“ aus Mailand zufolge trat die serbische Regierung schon alle Maßregeln, um den Sitz der Slupschina, der Banken und der wichtigsten Staatsämter nach Dristina zu verlegen.

## Abbruch der Beziehungen zwischen Italien und Bulgarien.

Rom, 7. Oktober. (B. L. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Der Minister des Aeußern, Sonnino, hat heute dem bulgarischen Gesandten die Pässe zugestellt.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 6. Oktober. (B. L. V.) Mitteilung des Hauptquartiers von gestern abend: An der Dardanellenfront nichts von Bedeutung, außer gelegentlichem Feuer von beiden Seiten an einzelnen Stellen. Drei feindliche Torpedoboote näherten sich der Mündung des Kerestibere und beschossen unseren linken Flügel. Durch das Gegenfeuer unserer Batterien am asiatischen Ufer entstand an Bord eines Torpedobootes ein Brand, worauf die Boote sich entfernten. Im übrigen nichts Neues.

## Schwere Tage.

Von Richard Gable.

Der Menschenfreund wird die immer weitere Ausdehnung des Kriegsbrandes tief beklagen, wird mit Bedauern wahrnehmen, daß der Tag, der uns den Frieden bringen soll, immer weiter vor uns verschwindet, wie eine gleißende Bata Morgana, je näher wir ihm durch Waffenerfolge zu kommen suchen. Der Soldat aber kann nicht anders sagen, als daß der Krieg immer interessanter wird und allmählich seinem Höhepunkt zustrebt.

Eine endgültige Entscheidung ist noch nirgends gefallen; ja es läßt sich nicht einmal übersehen, auf welchem der zahlreichen Kriegstheater sie schließlich fallen wird; man soll auch unserem Volke nicht vorreden, daß auch nur einer unserer Gegner bereits Kriegsmüde sei und demnächst den Säbel senken werde. Im Untergrunde der Volkseele mag hier oder dort die Sehnsucht nach einem Ende des endlosen Ringens immer stärker anjähneln; bei den führenden Ständen und bei den Regierungen ist davon nicht das mindeste zu spüren; sie wissen zu gut, worum es sich für sie handelt. Darum geben sie das Spiel noch nicht verloren. Man kann wohl annehmen, daß sie noch immer hoffen, uns — und wäre es schließlich durch Erschöpfung — auf die Knie zwingen zu können.

Wir konnten das in Frankreich in den letzten zehn Tagen wieder recht deutlich bei der großen Wucht des Doppelangriffs in Artois und in der Champagne wahrnehmen. Zum erstenmal hat Joffre in so heiler Front einen Angriff mit so zahlreichen Truppen nach so eingehender Vorbereitung unternommen. Mittelbar gesteht er seinem Heere in Punkt 4 seines Angriffsbefehles zu, daß die früheren Versuche in der Champagne, um La Bassée, zwischen Maas und Mosel, auf so schmaler Basis unternommen worden seien, und daß er diesmal den Fehler gutmachen wolle. In der Tat hat er die Front gegenüber allen früheren Angriffen ganz erheblich erweitert.

Wenn seine Angriffsfront trotzdem an beiden Stellen zusammengenommen nur den zehnten Teil der 840 Kilometer langen deutschen Linie traf, so werden wir daraus den Schluß ziehen dürfen, daß zu einem Heere seine Kräfte durchaus nicht langen wollten. Es ist darum geradezu auffällig, daß die Franzosen jetzt noch 150 000 Mann in Toulon verfügbar zu haben vorgeben, um sie nach Saloniki zu überführen.

Daß ihr Angriff in der Champagne mit großem Schneid ausgeführt worden ist, und daß die Lage einen Augenblick lang ernst scheinen konnte, dürfen wir ruhig eingestehen. Wenn sie insinuiert gewesen wären, so bis zu unserer zweiten Linie durchzustößen, konnte ein Erfolg nicht als ausgeschlossen gelten. Aber die Verluste ihrer Angriffsgruppen müssen wohl zu fürchtbar gewesen sein, als daß sie noch zu weiteren Leistungen fähig gewesen wären. Damit aber war die Hauptgefahr beseitigt. Es ist unwahrscheinlich, daß ein zweiter Angriff 10 oder 14 Tage nach dem ersten die dem Gegner erwünschte Entscheidung noch bringen wird, weil er seine Truppen nicht so rasch wieder aufzufüllen können. Gleichwohl muß man nicht glauben, daß der Kampf schon zu Ende sein wird. Damit würde der Oberfeldherr seinen Mißerfolg eingestehen. Denn an seinen ursprünglichen Zielen gemessen, ist seine Operation bis jetzt ein Mißerfolg geblieben.

Ob er noch weitere Teile unserer Front heimsuchen wird, muß abgewartet werden. Die Vorkämpfer nach der Schweiz am 1. und 2. Oktober gibt jedenfalls zu denken.

Auf Ueberraschungen müssen wir immer gefaßt sein; daß die Italiener keine Lust zu haben scheinen, sich an dem Dardanellen-Abenteuer die Finger zu verbrennen, scheint nunmehr wahrscheinlich zu sein. Gegen Österreich werden sie sich im Winter schwerlich die Verbesseren holen, die ihnen der Sommer versagt hat. Es ist daher immerhin möglich, daß sie sich bereden lassen, die nunmehr entbehrlich gewordenen Teile ihres Heeres in Frankreich zur Entscheidung mit einzusetzen. Ihre Freunde in Frankreich und im neutralen Auslande suchen ihnen dieser Wissen schmackhaft zu machen. „Viribus unitis!“ tönt es ihnen lieblich entgegen — mit vereinten Kräften auf dem Hauptkriegsschauplatz das Glück zu gewinnen, sei die Lösung der Stunde. Militärisch läßt sich dagegen ja nichts einwenden. Wir werden uns also mit gelassener Entschlossenheit durch ein Erscheinen der Italiener in den Bogenen und bei Belfort oder anderswo nicht überraschen lassen — falls wir ihnen begegnen sollten.

Wie augenblicklich die Lage im Osten liegt, ist aus den verschiedenen Berichten schwer zu ersehen. Daß die Russen unter dem nominellen Oberbefehl des Zaren den Rückzug eingestellt und sich nicht nur zu neuer Schlacht gestellt haben, sondern zu kräftigen Angriffen übergegangen sind, ist zweifellos. Von der Seeeresgruppe meldete der amtliche deutsche Bericht über den 23. September, daß sie vor umfassenden russischen Angriffen ihre Vortruppen hinter die Jastolka und den Oginski-Kanal zurückgenommen habe; sie stand also zu beiden Seiten von Pinsk. Seitdem stellt der tägliche Bericht „keine Veränderungen“ bei ihr fest. Der linke Flügel der Armee des Generals Eichhorn war bis Wisleja und Molodetschno vorgedrungen; jetzt berichtet das Hauptquartier seit mehreren Tagen von heftigen Kämpfen in der Gegend Smorgon—Spigala—Karoischia, nordwestlich Wisleja. Und zwar haben die Russen hier versucht, die deutsche Linke zurückzuwerfen.

Auch große Kavalleriekämpfe haben erneut in der Gegend von Postawi und Rosjani stattgefunden, in der Verlängerung der oben genannten Schlachtlinie.

Von der Seeeresgruppe Prinz Leopold, östlich Baranowitschi, südlich vom rechten Flügel Bindenburg, lautet die Meldung in den letzten Tagen gleichfalls „keine Veränderungen“.

An den ruhigeren Verhältnissen, wie sie sich hier herausgestellt haben, ist jedenfalls die Strategie des Zaren völlig unschuldig; sie hat bisher dem russischen Heere keine Erfolge eingetragen. Um sie richtig einzuschätzen, wird man die Gesamtlage um betrachten müssen.

Auf dem ostgalizischen Kriegsschauplatz hatten die Russen bei Tarnopol und in Wolhynien vorübergehende Erfolge errungen; ihr weiteres Vorgehen ist zwischen Sereth und Situpa zum Stehen gekommen; im Norden wurden sie wieder durch die Seeeresgruppe Linsingen auf Rawno zurückgeworfen. Der Name dieser Seeeresgruppe findet sich zum ersten Male am 27. September in den amtlichen Berichten; der Name des Generals selber war eine geraume Zeit hindurch verschwiegen. Er scheint nunmehr den Gesamtbefehl über die südöstliche Gruppe der verbündeten Heere übernommen zu haben, die nach den bisherigen Mitteilungen die Armeen Ruzsalo, Woehl-Ermoli, Graf Boehmer, Pflanzler-Baltin umfaßt.

Von der serbischen Grenze ist bis auf einige Bombardements noch nichts zu melden. Indessen haben sich die politischen Verhältnisse hier derartig zugespitzt, daß Ereignisse kaum fern sein können. Die Landung französisch-englischer Truppen in Saloniki muß die Dinge zur Entscheidung treiben.

Dazu kommt, daß die Truppen, die dem Sogenbunde zur Verfügung stehen, nicht als solche ersten Ranges anzusprechen sind. Man nimmt hier und da an, daß die Engländer die gute Gelegenheit benutzen würden, um das Dardanellengeschäft zu liquidieren. Indessen bliebe das in jedem Falle eine Blamage und

würde ihrem Ansehen in der mohammedanischen Welt äußerst abträglich sein. Es ist daher nicht ohne weiteres anzunehmen, daß sie die etwa 150 000 Mann Dardanellentruppen mit nach Saloniki werfen. Man wird vielmehr abwarten müssen. In jedem Falle liegt in dem Auftreten der französischen und englischen Truppen in Bulgarien eine Kräftezerpflünderung, die uns nur angenehm sein kann.

Ueber den Ausgang des serbischen Krieges läßt sich keine Vermutung wagen. Manche Nachrichten gelangen zu uns, wonach das Heer Serbiens geschwächt oder erschöpft, in seiner Stimmung niedergedrückt sei. Aber das gleiche war kurz vor seiner kräftigen und glücklichen Dezemberoffensive der Fall, durch die es die österreichischen Armeen zum Rückzuge aus Serbien zwang. Auf solche Meldungen darf man nicht ohne weiteres etwas geben, muß vielmehr die serbische Truppe nach allen bisherigen Erfahrungen als einen tüchtigen Gegner ansehen, der in jedem Falle seinen Mann stehen wird. Das gleiche gilt natürlich auch von dem bulgarischen Heere. Wir werden darum den Ereignissen hier mit großer Spannung entgegensehen dürfen, auch der sehr weitreichenden Folgen wegen, die sie im weiteren Verlaufe haben können. Wird die Türkei die Frontenbedrohung an den Dardanellen los, dann werden ihre Arme völlig frei und ihre Heere seien für andere Aufgaben zur Verfügung. Rußland aber bleibt dann dauernd abgeschliffen und mag in dem Ueberflusse seines Getreides ersticken. Es ist möglich, daß der Balkankrieg sich zu einer entscheidenden Bedeutung herauswächst — wie auch die Würfel fallen mögen.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 7. Oktober. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Im Artois dauerte die gegenseitige Beschlebung an, mit besonderer Festigkeit südlich vom Walde von Givenchy. Wir machten einige Fortschritte durch Angriffe mit Granaten in den Verbindungsgräben südwestlich vom Schloß La Folle. Von der ganzen übrigen Front wird nur Artillerietätigkeit gemeldet, so in der Champagne, zwischen Maas und Mosel, nördlich von Nizay und von der lothringischen Front bei Seintrey, Gondregon und Domevre.

Paris, 7. Oktober. (B. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Unsere Unternehmung in der Champagne erzielte heute neue Ergebnisse. Unsere Infanterietruppen erklimmten nach starker Artillerievorbereitung das Dorf Tahure und erreichten den Gipfel des Hügel gleichen Namens, der einen Stützpunkt in der zweiten feindlichen Linie bildete. Wir rückten ebenfalls in der Umgebung von Noyonville vor. Die Gesamtzahl der Gefangenen übersteigt augenblicklich 1000. Auf der übrigen Front meldet man nur Artilleriekämpfe, die im Artois, im Gebiet des Givenchywaldes an der Höhe 119, in den Argonnen nördlich La Harzee, im Prieferwald, in Lothringen bei Seintrey, Reillon und Babonville sowie in dem Bogen am Stamme von Meheral besonders heftig sind.

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 6. Oktober. (B. L. V.) Amtlicher Kriegsbericht. In der Gegend von Jastolstadt lebt die gewöhnliche Beschlebung wieder auf. Südwestlich Jastolstadt beschleuben die Deutschen die Gegend von Bargrad (12 Kilometer südlich Bivenshof an der Düna). In der Gegend von Dinaburg unaufhörliches Artilleriegeschloß. Südlich von Postawj waren wir die Deutschen bei dem Ortwerk Sagatich (5 Kilometer südlich Postawj) aus ihren Gräben. Auf der Front zwischen dem Karocz-See und Wiszniew-See drängten wir den Feind noch weiter zurück. Während der Verfolgung in der Gegend südwestlich des Wiszniew-Sees nahmen unsere Truppen das Dorf Abramowtschi (11 Kilometer südlich des Wiszniew-Sees), Bowny Mlyn (3 Kilometer nordöstlich Smorgon) und das Dorf Minski (1 Kilometer nordwestlich Smorgon). Weiter südlich bis zum Pripet keine wesentlichen Veränderungen. Bei der Mündung des Stachod versuchte der Feind von neuem, sich in den Besitz des Dorfes Bozog (45 Kilometer südwestlich Pinsk) zu setzen, indem er dort seinen Angriff unter dem Schutz seines konzentrischen Artilleriefeuers machte; wir wiesen den Angriff ab. Südwestlich Czartorhsk wurde der Feind aus das Dorf Rowosolki (6 Kilometer südwestlich Czartorhsk) zurückgeworfen, wobei er ungefähr 150 Gefangene und ein Maschinengewehr im Stiche ließ. Bei den Dörfern Strainowola (13 Kilometer) und Kozhnyak (8 Kilometer) östlich Kalki hatten wir Zusammenstöße mit dem Gegner, der in östlicher Richtung vorging.

## Zum U-Bootkrieg.

Kristiania, 7. Oktober. (B. L. V.) Das deutsche Auswärtige Amt hat der norwegischen Gesandtschaft in Berlin mitgeteilt, es habe die Mitteilungen über den Untergang des norwegischen Dampfers „Magda“, welche die Gesandtschaft dem Auswärtigen Amt auf Grund der seegerichtlichen Verhandlung gemacht hatte, mit den dienlichen Berichten der Kommandanten derjenigen Unterseeboote verglichen, die sich zur Zeit des Unterganges der „Magda“ in dem betreffenden Gebiet befunden hätten; keiner dieser Berichte gebe Anhaltspunkte dafür, daß der Dampfer von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden wäre.

## Verschärfung des englischen Werbezwanges.

London, 7. Oktober. (B. L. V.) Das Kriegsamt beauftragte die Werbebehörden im ganzen Lande, die Männer wehrfähigen Alters, deren Name auf den Formularen des Nationalregistriers nicht mit einem Stern bezeichnet ist, persönlich zum Eintritt in die Armee aufzufordern. Die mit einem Stern Bezeichneten sind in Munitionswerken, bei den Eisenbahnen usw. beschäftigt und gelten für unabkömmlich. Die Instruktion des Kriegsamts lautet: Da es offenbar Pflicht eines jeden nicht mit Stern versehenen Mannes, der nicht länger für die notwendigen Dienste des Landes gebraucht wird, ist, sofort in die Armee einzutreten, müssen Sie jedweden Schritt tun, den Sie für den wirksamsten halten, um solche Leute zum Eintritt in die Armee zu veranlassen. Die Lokalbehörden werden Sie jedenfalls unterstützen. Sie müssen zusehen, daß niemand in Ihrem Bezirke sich weiter darüber beklagen kann, daß er von der Armee nicht verlangt wird, da er nicht geholt wurde. Sie müssen auch über die Zahl derer berichten, die in Ihrem Bezirke sich weigern, durch Eintritt in die Armee, in der sie so sehr nötig sind, dem Lande zu dienen.

## Ungleiches Maß.

Das Messen mit ungleichem Maß, dessen sich die Ringpresse im Kriege schuldig macht, verspottet sehr hübsch der sozialistische „Glasgow Worker“. Er stellt eine Reihe von absolut unvereinbaren, aber von den Chauvinisten unterschiedslos mit Eifer verfolgten Thesen nebeneinander. Zum Beispiel: „Jesus Christus (der den Frieden predigt) ist im Recht.“

Die Unabhängige Arbeiterpartei (die den Frieden predigt) ist im Unrecht.

Die Blatford, Bottomley, Tillet, die jeden Deutschen vergiften wollen, helfen den Alliierten, indem sie die deutschen Arbeiter zur Auflehnung gegen den Kaiser ermutigen.

Die vernünftigen Sozialisten, die die Welt einschließen der deutschen Arbeiterklasse zu überzeugen suchen, daß England nicht darauf aus ist, Berlin zu stehlen und Hans und Gretchen zu vergiften, steifen dem deutschen Volk den Rücken, daß es in der Unterstützung des Kaisers nicht nachläßt.

Die ganze deutsche Presse, die sozialistische wie die nicht-sozialistische, unterstützte bei Kriegsausbruch die deutschen Militaristen.

Eine lebhafte Unterdrückungskampagne wurde von den deutschen Behörden gegen die Kriegsgegner unternommen mit dem Ergebnis, daß Tausende von Zeitungen unterdrückt und viele unter Zensur gestellt wurden.

Eine Niederlage des deutschen Militarismus bedeutet eine demokratische Revolution in Deutschland.

Ein Sieg des russischen Militarismus bedeutet eine demokratische Revolution in Rußland.

Grey, Asquith, Goldene, Lloyd George usw. waren nur die ausführenden Organe einer kapitalistischen Regierung, und der Kapitalismus war der Feind der Demokratie in England.

Grey usw. führen den Krieg im Interesse der weiteren Ausdehnung der demokratischen Freiheit und der Beförderung des Sozialismus.

England ging in den Krieg aus rein humanen Gründen; es wünschte keinen Lanterwerb, hatte keinen Haß gegen das deutsche Volk und wünscht nur, Europa von den deutschen Militaristen zu befreien.

Wir sollen die deutschen Kolonien nehmen, den deutschen Handel für uns mit Beschlag belegen und Städte von Deutschland unter unsere Alliierten verteilen.

Wir sechten, um einen dauernden Frieden in Europa zu sichern.

Es ist höchst unpolitisch zu sagen, auf welcher Basis dieser Friede aufgebaut werden soll.

## Reorganisation der französischen Ministerien.

Paris, 6. Oktob. (W. Z. B.) „Le Temps“ meldet, daß der Vorsitzende des Finanzkommissars des Senats, Peytral, eine neue Organisation der französischen Ministerien für die Dauer des Krieges vorzuschlagen beabsichtigt. Augenblicklich bestehen in Frankreich 14 Ministerien, davon zwei ohne Portefeuille, sowie 8 Unterstaatssekretariate. Peytral schlägt vor, für die Dauer des Krieges die Zahl der Ministerien auf acht und die der Unterstaatssekretariate auf fünf herabzusetzen. Nach der neuen Organisation sollen folgende Ministerien bestehen: 1. Vorkrieg (ohne Portefeuille), 2. auswärtige Angelegenheiten, 3. Krieg, 4. Marine und Kolonien, 5. Finanzen, 6. öffentliche Arbeiten, Handel, Post und Telegraphen, 7. Inneres, Justiz und Arbeit, 8. öffentlicher Unterricht, Schöne Künste und Ackerbau. Das zweite Ministerium ohne Portefeuille soll abgeschafft werden, ebenso die Unterstaatssekretäre der auswärtigen Angelegenheiten, der Schönen Künste und des Innern, so daß nur vier Unterstaatssekretariate des Krieges und das Unterstaatssekretariat der Handelsmarine bestehen bleiben. Der Vorschlag Peytrals wird augenblicklich geprüft und wird erst in parlamentarischer Form niedergelegt werden, wenn Peytral sich über den Umfang der Gehaltsreduzierung abzugeben vermag, die sein Vorschlag zur Folge haben könnte.

## Die Opposition in der französischen Partei.

In einem Artikel des „Avanti“ vom 30. September, von dem die Zensur nur den Anfang (nach dem freien Raum zur Urteils, etwa ein Viertel des vollständigen Artikels) stehen ließ, wird die Zusammenkunft von Zimmerwald und die Opposition im Schoße der französischen Sozialistenpartei“ behandelt.

„Irgend ist hiermit, daß keine französischen Sozialisten in Zimmerwald zugegen gewesen seien. Das Manifest wurde unterzeichnet von Merheim, dem Generalsekretär des französischen Metallarbeiterverbandes, einem der einflussreichsten Mitglieder des Vorstandes des Allgemeinen Arbeiterverbandes, und von Vouderon, dem Sekretär des Böttcherverbandes, ebenfalls Vorstandsmitglied der U. G. F.“

Daß überdies die sozialistische Opposition in Frankreich täglich erstarkt, ergibt sich aus einer Nachricht in der „Sentinelle“ von Ghang de Fonds vom 25. September:

Eine Kommission des sozialistischen Verbandes des Seine-Departements, in der die Abgeordneten Maillet und Bonnet saßen, beantragte eine Tagesordnung, die die Demission der sozialistischen Minister forderte, falls bis zum 15. Oktober eine Reihe sozialer Reformen nicht gewährt und eine politische Zensur nicht aufgehoben sei. Diese Resolution wurde in der Gesamtverbandssitzung des Seine-Departements lebhaft erörtert. Die nächste Sitzung soll die Entscheidung bringen.

Vor einigen Monaten schied Genosse Monatte aus dem Vorstand des Allgemeinen Arbeiterverbandes aus. Ferner traten aus dem Stabe der „Bataille Syndicaliste“ zwei der Hauptmitarbeiter aus: Marcel Gagny und A. Desbois, weil die Artikel, die nicht gerade den Krieg bis zum äußersten empfahlen hatten, von der Redaktion zensuriert worden waren.

Soweit die Nachricht der „Sentinelle“, die deutlich zeigt, wie wenig sich haltig die Behauptung des Vorstandes der französischen Sozialistenpartei ist, in ihren Reihen gebe es keine Opposition. „Avanti“ fügt dem noch hinzu:

Im Schoße des Verbandsorganismus wie in den Kreisen der Pariser Arbeiterschaft wird das Verhalten von Jouhaux, sein Zusammengehen mit den Opportunisten scharf kritisiert. Diese revolutionäre Oppositionsbewegung suchen die regierungsfreundlichen Genossen mit allen Mitteln zu unterdrücken. Albert Thomas droht allen, die in Frankreich internationale Verbindungen anknüpfen wollen.

Von Einmütigkeit unter den Sozialisten kann so keine Rede sein.

## Die fünf Sous des französischen Soldaten.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Die französische Kammer hat nach Überwindung von Reibungen zwischen der Regierung und der Annullationskommission ohne Debatte die Erhöhung des Soldatenlohnes beschlossen. Der französische Soldat bezog seit uralten Zeiten eine Tageslohnung von einem Sou, d. h. 5 Centimes — ein Betrag, der längst außer allem Verhältnis zum gekauften Geldwerte der modernen Zeit war. Die Tatsache, daß nun alle wehrfähigen Männer der Nation unter den Waffen stehen, die patriotische Bewegung, worin sich die Nation befindet, und schließlich sicher auch der Umstand, daß bei den ungeheuren Ausgaben des Weltkrieges ein paar Millionen, die für die kämpfenden Menschen angewandt werden, nicht mehr so in Betracht kommen, haben nun zusammengewirkt, um diesem vorhistorischen Zustand ein Ende zu machen. Die beschlossene Soldaterhöhung ist sehr beträchtlich, denn die Tageslohnung beträgt von nun an 25 Centimes, also 5 Sous. Die Unteroffiziere haben gleichfalls eine Zulage von 20 Centimes bekommen. Die Kosten der Reform sind —

namentlich in der Kriegszeit — nicht gering. Die Regierung hat sich dafür 70 Millionen Franc als Nachtragkredit für das begonnene Vierteljahr bewilligen lassen. Der Beschluß der Deputiertenkammer war einstimmig. Die Sozialisten hatten sich natürlich nachdrücklich für die Soldaterhöhung eingesetzt. Immerhin werden manche wohl die Artikelauflage „Les 5 Sous du Soldat“ in den Zeitungen nicht ohne melancholische Erinnerung an die noch nicht lang verflornte Zeit lesen, wo „Le Sou du Soldat“ der Titel der von den antimilitaristischen Gewerkschaften eingereichten und von der Regierung mit strafgerichtlichen Verfolgungen bekämpften Unterstützungskasse für eingetragene organisierte Arbeiter war.

## Armenierdebatte im englischen Oberhause.

Osag, 7. Oktober. (Z. U.) Wie Reuter meldet, wurde im Laufe der Debatte des englischen Oberhauses von Lord Cromer erklärt, daß die Anzahl der Opfer in Armenien 800 000 betrage, solle, was kaum glaublich sei. Obwohl glaubliche Berichte über die deutsche Mißhandlung bei den Nordern nicht vorliegen, sei doch Deutschland mitverantwortlich, da sein Einfluß in Konstantinopel unbestreitbar sei. Lord Bruce antwortete, daß es nötig sei, die Berichte der ganzen Welt mitzutellen. Die Berichte der Konjunkt melden ganz bedauernde Zustände; in einem Distrikt sei die Bevölkerung gänzlich ausgerottet worden. Lord Bruce fügte hinzu: die Ziffer von 800 000 Toten, die Lord Cromer für ungläubig hielt, halte er für möglich.

## Rußland will von Deutschland lernen.

Moskau, 8. Oktober. (W. Z. B.) „Ruskoje Slovo“ stellt in einem Artikel die Schwächen, die Rußland im Krieg gezeigt hat, der Kraft, die Deutschland erkennen ließ, gegenüber und erklärt: Wie einst Peter der Große von den Schweden die Kriegsführung lernte, müht sich jetzt die Nation von den Deutschen die Organisation der Willenskraft und der Kriegsmittel aneignen. Nach den großen Niederlagen war eine gewisse Niedergelassenheit begreiflich, die freilich bereits in Verweisung übergegangen war. Nunmehr jedoch, seitdem die sechere Mißwirtschaft Suchomlinow beseitigt ist, muß sich alles zum Besten wenden. Deutschland stand im Krieg mit allen Grobmächten, hatte zehnfache Schwierigkeiten gegen Rußland zu überwinden und zeigt trotzdem nach allen Seiten seine Faust und seine unerschöpfliche Energie, schlägt sich mit der halben Welt herum, stürzt Österreich, verteidigt Konstantinopel, bringt ganz Persien zum Aufstand gegen Engländer und Russen, schützt in Tripolis den Aufbruch gegen Italien, best Bulgarien gegen Rußland, mit einem Worte, es organisiert den Sieg.

## Zwei russische Minister über die Arbeiterbewegung.

Die politischen Proteste der russischen Arbeiter haben die Arbeiterfrage neuerdings wieder in den Mittelpunkt des Interesses gestellt. Mit der Arbeiterbewegung befaßten sich die liberalen Zeitungen und Kongresse ebenso intensiv wie die verschiedenen Organe der Verwaltung, deren Lieblingsbeschäftigung die „Lösung der Arbeiterfrage“ ist. Na, der ungeborene Ernst der Situation hat sogar die russischen Minister veranlaßt, sich eingehender in die Arbeiterfrage zu vertiefen, Konferenzen abzuhalten, Denkschriften auszuarbeiten und ihre Erwägungen der Presse mitzuteilen. So berichtet die „Post“ „Ruskoje Slovo“ von einem interessanten Meinungsaustausch über die Arbeiterfrage, der zwischen dem Minister für Handel und Industrie, Fürst Schachowskoi, und dem Minister des Innern, Fürst Schtscherbatow, stattfand und der zur Folge gehabt hat, daß die Regierung den Beschluß faßte, die verschiedenen Maßnahmen der einzelnen Ressorts zur Liquidation der Streikbewegung miteinander in Einklang zu bringen. Der Minister für Handel und Industrie, der im russischen Ministerkabinett traditionell die „liberale“ Tonart vertritt, wandte sich an seinen Kollegen vom Innern mit der Mahnung, überflüssige Schärpen bei der Unterdrückung der Aufstandsbebewegung zu vermeiden, da sonst die vermittelnde Tätigkeit der Zensurinspektion außerordentlich erschwert werde. Die Arbeitermassen seien von der Wichtigkeit des geschichtlichen Moments durchdrungen und verbänden mit wenigen Ausnahmen nicht den Vorwurf des Antipatriotismus. Deshalb möge das Ministerium des Innern seine Organe wie auch die Organe der Geheimpolizei dahin instruieren, daß sie Repressivmaßnahmen mit großer Vorsicht vornehmen und zu Verhaftungen nur in äußersten, unaufschiebbaren Fällen greifen sollen.

Der Minister des Innern, Fürst Schtscherbatow, reagierte auf die Anregung seines Kollegen mit dem „mahvollen Liberalismus“, der einem zur Erwerbung des „Retraites der Gesellschaft“ neu ernannten Mitgliede des Kabinetts Gorenkin zuigen sein muß. Auch er sei, so erklärte er, ein heftiger Gegner überflüssiger Repressalien. Was die Verhaftungen betreffe, die von der Geheimpolizei vorgenommen worden seien, so mühten sie, laut den Berichten der Behörden, lediglich als Begleiterscheinungen der außerordentlichen Verhältnisse bezeichnet werden. Laut Bericht der Geheimpolizei habe man nur die Arbeiter verhaftet, die nach Kenntnis der Polizei von den Deutschen gekauft seien. Für die Zukunft würde er jedoch Anweisung geben, daß bei der Verlegung der Arbeiterkonflikte äußerste Vorsicht beobachtet werden solle. — Der Meinungsaustausch der beiden Minister gestattete einen tiefen Einblick in die jetzigen russischen Verhältnisse wie in die Psychologie der Herrschenden, die sich der Hoffnung hingeben, die herausragenden heftigen Kämpfe durch „äußerste Vorsicht“ bei ihren Repressalien abwenden zu können. Auf die Verleumdung der russischen Arbeiter durch den Minister des Innern einzugehen, erübrigt sich. Die Antwort darauf werden die russischen Arbeiter in nicht mißzuverachtender Weise erteilen.

## Freiheiten gegen Geld.

Kurz vor seiner Abreise aus London hat (nach der „Post“) der russische Finanzminister Warf den Vorsitzenden des Vereins zur Befreiung der Juden, Appleton, zu sich gerufen und ihm folgende Erklärungen gemacht:

„Die russische Regierung ist ernsthaft bemüht, das Problem der Juden in Rußland zu lösen. Zweifellos haben die Juden Ursache zu klagen und die russische Regierung ist dringend aufgefordert worden, Gesetze einzureichen, um den Juden weitere Rechte zu verleihen. In Anbetracht des Umstandes jedoch, daß derlei Gesetze solch aufgefahrt werden könnten und unnötige Feindschaft erwecken würden, erscheint es der russischen Regierung weiser, die Lage der Juden in eigene Hand zu nehmen und denselben Freiheiten und Privilegien auf administrativem Wege zu verleihen, in der Hoffnung, daß ihre Handlungsweise bereits bis zur Beendigung des Krieges Früchte getragen haben wird. Es ist bereits den Juden an verschiedenen Stellen erlaubt worden, anständig zu werden und mit der übrigen Bevölkerung aufzunehmen zu leben. Allerdings sind noch verschiedene Distrikte den Juden verschlossen, besonders diejenigen, wo Kosaken wohnen, jedoch geschieht dies nur im Interesse der Juden selbst.“

Rußland braucht Kapital und Unternehmungsgeist. Rußland weiß, daß die Juden beides liefern können. Wenn die liberalen Juden ihre Unterstützung leisten würden, würde das neue Rußland glücklicher und stärker sein, als es unter dem alten Regime gewesen ist. Die russische Regierung wird sich ihrer Pflichten bewußt sein, und die Tatsache, daß sich Rußland mit dem republikanischen Frankreich und dem demokratischen England zusammengetan hat, um für Freiheit und höhere Zivilisation

zu kämpfen, ist der Beweis ihrer löblichen Ansichten, und kann denjenigen, deren Herzen noch immer sorgenvoll sind, als Ermutigung dienen.“

Warf hat Appleton, von diesen Worten denjenigen Gebrauch zu machen, der ihm gut dünke.

## Begriffsverwirrung.

Die Chemnitzer „Vollstimme“ brachte dieser Tage eine Notiz über die Haltung der serbischen Sozialdemokratie in der mazedonischen Frage, die dahin zusammengefaßt wurde, daß die serbischen Genossen, ausgehend von der Forderung der Schaffung einer dauernden Föderation der Balkanländer, den Standpunkt vertreten, Mazedonien müsse kraft seiner geographischen und wirtschaftlichen Lage eine selbständige Einheit in dem zu begründenden Bunde bilden. An diese Notiz knüpfte die Chemnitzer „Vollstimme“ folgende Bemerkung:

„Bekanntlich sind der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Parteiausschuß von Schweizer sozialistischer Seite die bittersten Vorwürfe gemacht worden, weil sie sich dagegen erklärt hat, eine eltsch-lothringische Nation anzuerkennen und dieser nach dem Kriege zu gestalten, darüber abzustimmen, ob sie deutsch oder französisch sein wolle. Auch die serbische Sozialdemokratie will das Selbstbestimmungsrecht der Mazedonier so weit beschränkt wissen, daß es mit dem Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen nicht in Konflikt gerät und nimmt außerdem Rücksicht auf geographische und wirtschaftliche Lage, nicht lediglich auf das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen.“

Die Ausschachtung des hier dargelegten Standpunktes der serbischen Sozialdemokratie in der mazedonischen Frage für innerdeutsche polemische Zwecke fordert direkt zu einer Erwiderung heraus, da diese Art und Weise der Erörterung wichtiger nationaler Probleme typisch ist für die Begriffsverwirrung, die hier und da in unseren Reihen einreißt. Die These der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses über die eltsch-lothringische Frage mag hier unerörtert bleiben. Aber für jeden, der den Dingen objektiv und unvoreingenommen gegenübersteht, muß es klar sein, daß die Haltung der serbischen Sozialdemokratie in der mazedonischen Frage nichts mit dieser These zu tun hat. Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn die Chemnitzer „Vollstimme“ schreibt: „Auch die serbische Sozialdemokratie will das Selbstbestimmungsrecht der Mazedonier so weit beschränkt wissen, daß es mit dem Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen nicht in Konflikt gerät.“ Vielmehr treten die serbischen Sozialdemokraten den Forderungen der bürgerlichen Parteien scharf entgegen, die im Interesse eines „Woh- Serbien“ das Selbstbestimmungsrecht der Mazedonier „beschränkt wissen“ wollen. Angesichts der verworrenen ethnographischen Verhältnisse in Mazedonien, die eine Aufteilung des Landes nach den dort lebenden Nationalitäten unmöglich machen, wie auch kraft seiner geographischen und wirtschaftlichen Lage, die eine Verflechtung des Landes als unvorteilhaft erscheinen läßt, verlangt die serbische Sozialdemokratie — und mit ihr die Sozialdemokratie aller übrigen Balkanländer — daß Mazedonien als selbständige Einheit der Föderation der Balkanländer angegliedert werden soll. In dieser Forderung treffen sich die Balkan-sozialisten mit den Forderungen der Mazedonier, die weder serbisch, noch bulgarisch oder griechisch sein wollen, sondern — wenn ihnen das „Selbstbestimmungsrecht“ gewährt werden sollte — es schließlich vorziehen würden, als selbstständiges Glied einem Balkanstaatenbund anzugehören, anstatt einen ewigen Zantapfel zwischen den mächtigeren Nachbarn zu bilden.

Dies der Chemnitzer „Vollstimme“ und ihren Gesinnungsgenossen zur geneigten Beachtung.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Zulassung von Privatpaketen.

Amlich, Berlin, 7. Oktober. (W. Z. B.) Privatpakete und -frachtküden an Angehörige des Gardekorps und des 10. Armeekorps können wieder aufgeliefert werden.

### Ersatz für Bindfaden.

Um dem Mangel an Bindfaden aus Hanf, Baumwolle und dergleichen abzuwehren, sind verschiedene Ersatzmittel in Gebrauch genommen worden, von denen u. a. Bindfaden aus Papierfasern, mit Papier oder anderen Stoffen umspinnener Draht usw. sich im allgemeinen als brauchbar erwiesen haben. Derartige Ersatzmittel können auch zur Umhüllung der Postsendungen, insbesondere der über 50 Gramm schweren Feldpostbriefe mit Wareninhalt (Päckchen), verwendet werden, vorausgesetzt, daß sie haltbar sind und eine feste Umhüllung damit hergestellt werden kann. Dünner Draht (sogenannter Numendraht) ohne Umspinnung ist zur Verpackung von Postsendungen nicht geeignet, weil er sich nicht Knoten läßt und Verletzungen des Personals und Beschädigungen der Briefbeutel und anderer Postsendungen durch den Draht unvermeidlich sind, namentlich, wenn die Umhüllung und der Verschluß nicht sorgfältig ausgeführt werden.

## Letzte Nachrichten.

### Ein Sohn Delcassés verurteilt.

Magdeburg, 7. Oktober. (W. Z. B.) Die „Magdeburgerische Zeitung“ meldet: Der im Gefangenlager in Halle internierte französische Leutnant Delcassé, Sohn des französischen Ministers des Auswärtigen, ist wegen Gehorsamsverweigerung und Widersetzlichkeit zu einem Jahre Festungshaft verurteilt worden. Delcassé hatte sich zu Beschimpfungen Deutschlands hinreißend lassen. Ein zweiter französischer Offizier erhielt anderthalb Jahre Festung.

### Auf eine Mine geraten.

Amsterdam, 7. Oktober. (W. Z. B.) Heute früh erhielt die holländische Dampfschiffahrtsgesellschaft die Nachricht, daß der Dampfer „Terrestroom“ (1802 Tonnentonnen) bei Sneek gesunken ist. Zwanzig Mann der Besatzung wurden gerettet. Die Gesellschaft glaubt, daß der Dampfer auf eine Mine gestoßen ist.

### Brückeneinsturz.

Fürstberg a. d. Ober, 7. Oktober. (W. Z. B.) Heute abend gegen 6 Uhr ist die im Bau befindliche neue Oberbrücke eingestürzt. Etwa 200 Meter der fertigen Eisenkonstruktion liegen im Flußbett. Wie verlautet, sollen neun Personen, meist Frauen, ertrunken sein.

### Grubenunglück.

Offen, 7. Oktober. (W. Z. B.) Auf der Zeche Mathias Stinnes in Gladbeck sind der Betriebsführer und ein Bergmann infolge eines Förderseilbruchs in die Tiefe gestürzt. Beide wurden getötet.

### Die Waffe in Schülerhand.

Siegen, 7. Oktober. (W. Z. B.) Als zwei Sekundaner mit einem Revolver hantierten, entlud sich die Waffe. Der Schuß drang dem einen ins Herz. Er war sofort tot.

# Gewerkschaftliches.

## Die Teuerungszulage im Baugewerbe.

Als vor Monaten die am Tarifwesen im Baugewerbe beteiligten Vorstände der Arbeitnehmerorganisationen an den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe herantraten und ihn um eine Aussprache über die Teuerung ersuchten, lehnte der Bundesvorstand diese Aussprache ab, die nach seiner Meinung nur den Zweck haben sollte, Teuerungszulagen zu erhalten. Neben der Anführung von — nach Ansicht des Bundesvorstandes — sachlichen Gründen, die einer Teuerungszulage entgegenstehen, wollte er auch aus formellen Gründen nicht in der Lage sein, den Mitgliedern des Bundes „eine vom Tarifvertrag abweichende Entlohnung“ empfehlen oder gestatten zu können.

Der in der Ablehnung gebrauchte Ausdruck gestatten ließ schon vermuten, daß der Bund einen gewissen Zwang auf die Mitglieder ausüben werde, um auch jede Verständigung über eine Teuerungszulage zwischen den einzelnen Unternehmern mit ihren Arbeitern zu verhindern. Daß diese Vermutung richtig war, ist später durch den Vertreter einer größeren Baugesellschaft bestätigt worden, der während einer Verhandlung über eine Teuerungszulage vor dem Bürgermeisterrat einer größeren Stadt in Südwestdeutschland die Erklärung abgab, daß die Unternehmer im Arbeitgeberbund gegen hohe Strafe verpflichtet worden sind, Teuerungszulagen abzulehnen.

Darauf ist es denn auch zurückzuführen, daß bisher alle an die örtlichen Unternehmerverbände gerichteten Anträge auf Gewährung einer Teuerungszulage abgelehnt worden sind, meistens ohne Begründung, weil eine Begründung der Ablehnung nicht mehr möglich ist, da eben alles für die Bewilligung spricht. Trotz dieser ablehnenden Haltung aber hat die Teuerungszulage gute Fortschritte gemacht. Eine ganze Anzahl sehr bedeutender Firmen hat aus sozialer Einsicht oder um sich die wenigen vorhandenen Arbeiter zu sichern, im Stillen eine Teuerungszulage gewährt. Damit ist nun freilich die ablehnende Haltung des Bundesvorstandes bedeutungslos geworden, wenn er nicht die ihm zustehenden Strafmittel in Anwendung bringen will. Die Durchführung der Strafmittel dürfte ihm aber noch schwerer fallen, als das Durchhalten seines unsozialen Beschlusses.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird der Bundesvorstand in den nächsten Tagen zusammenkommen, wobei die Frage der Teuerungszulage eine ausführliche Behandlung erfahren soll. So wie die Dinge im Baugewerbe zurzeit liegen, glauben wir, daß der Arbeitgeberbund mit neuen Straandrohungen — wenn er sich dazu verstehen sollte — die Gewährung der Teuerungszulage ebensowenig aufhalten kann, wie er es bisher tun konnte. Die Verhältnisse richten sich eben nicht nach Beschlüssen, sondern die Beschlüsse müssen den Tatsachen und der Situation angepaßt sein. Das sollte auch der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe einsehen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Lage der Militärsattler.

Die ungewöhnlich günstige Konjunktur, welche in der Branche der Militärsattler nach dem Ausbruch des Krieges einsetzte und lange

Zeit anhielt, ist seit einigen Monaten im Abflauen begriffen. Viele Betriebe, die infolge der von der Heeresverwaltung vergebenen großen Aufträge neu entstanden waren, sind wieder eingegangen. Natürlich haben dadurch Tausende von Personen, die aus anderen Berufen zur Militärsattlerei übergingen, in diesem Arbeitszweig keine Beschäftigung mehr. Auch in den Mitgliederzahlen des Sattlerverbandes spiegelt sich die Entwicklung wider. Mit der Eröffnung neuer Betriebe und dem Zustrom von Rassen berufstreuender Arbeitskräfte erfuhr die Mitgliederzahl des Sattlerverbandes eine ungewöhnlich große Steigerung. Als dann die Arbeitsgelegenheit und mit ihr die Zahl der Beschäftigten zusammenbrach, unterließen viele der infolge dessen aus dem Beruf Auscheidenden die Weiterzahlung der Beiträge im Sattlerverband. Wie am Mittwoch in der Branchenversammlung der Militärsattler mitgeteilt wurde, sind aus diesem Grunde bereits 1800 Mitglieder aus den Listen der Filiale Berlin gestrichen worden. Ueber die gegenwärtige Konjunktur wurde berichtet, daß Arbeitsgelegenheit im allgemeinen noch reichlicher vorhanden ist wie in Friedenszeiten. In einer Reihe von Betrieben werden immer noch täglich zwei Liefertunden gemacht. Doch gibt es auch verschiedene Betriebe, die, um keine Entlassungen vornehmen zu müssen, zur normalen Arbeitszeit zurückgekehrt sind. Im allgemeinen macht sich gegenwärtig ein weiteres Nachlassen der Arbeitsgelegenheit bemerkbar, jedoch wird erwartet, daß demnächst neue Aufträge kommen und die Konjunktur wieder steigen wird.

### Dachdecker und Tarifvertrag.

Die im Zentralverband organisierten Berliner Dachdecker stehen seit ihrer letzten Bewegung mit den Unternehmern in keinem Vertragsverhältnis. Die wiederholten Versuche, mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abzuschließen, scheiterten an der ablehnenden Haltung derselben. Nun machte das Gesuch der Dachdecker um eine Teuerungszulage eine Aussprache der Verhandlungsleitung mit Herrn Jungl, dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das Dachdeckerberuf von Berlin und Umgebung, notwendig. Bei dieser Gelegenheit wurde auch über die Zustände im Gewerbe gesprochen und wieder auf die Notwendigkeit eines Tarifvertrages mit dem Zentralverband hingewiesen. Auch Herr Jungl erkannte die Notwendigkeit derselben an und stimmte den Ausführungen der Verhandlungsleitung zu. Jedoch gab er zu verstehen, daß zurzeit ein Tarif bestehe und Änderungen an demselben nicht mehr räumlich seien, weil der Tarif am 31. März 1918 abläuft. Herr Jungl gab aber die Versicherung, daß beim Abschluß eines neuen Tarifvertrages auch der Zentralverband der Dachdecker mit hinzugezogen werde.

Zu der durch diese Aussprache geschaffenen neuen Situation nahm eine Versammlung der Dachdecker Stellung, die bei Wille in der Sebastianstraße tagte. Der Gauleiter Hermann Höppner erstattete Bericht über den Stand der Dinge. Er hielt es für besser, wenn jetzt schon eine Verständigung erfolgen könnte. Es wäre zu diesem Zweck zu empfehlen, daß die Kollegen sich dem Tarif, wie er jetzt besteht, anschließen, um dann bei gegebener Zeit in neue Verhandlungen einzutreten, welche diesmal allerdings vom Kartell der Arbeitgeberverbände eingeleitet würden. Nach reiflicher Ueberlegung empfahl der Vorstand, die Zustimmung dazu zu geben, damit wieder bessere Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Berlin Platz greifen. In der Aussprache hierüber machte sich zunächst bei zwei Rednern eine festige Abneigung bemerkbar. Sie betonten, daß der Abschluß des Vertrages auf die Dauer bis zum 31. März 1918 jetzt keinen Wert mehr habe, weil er keine Besserung der Verhältnisse für die Dachdecker bringe. Wenn der Verband zu den nächsten Tarifberatungen doch hinzugezogen werde, liege für den jetzigen Abschluß keine Veranlassung vor. Nachdem aber der Altgenosse Otto Voigt, Stolzenhain und Gödny die Gründe, die für den sofortigen Abschluß sprachen, der Versammlung noch einmal vor Augen gehalten hatten, verflumte die Opposition. Bei der Abstimmung erklärten sich alle Anwesenden für den Eintritt in den Vertrag.

### Deutsches Reich.

Der Verband der Bureauangestellten Deutschlands, Sitz Berlin O. 27, hat eine Bezirksleiterkonferenz abgehalten, um über die ergriffenen und zukünftigen Kriegsmassnahmen zu beraten. Der Verbandsvorstand konnte feststellen, daß die Organisation die bisherige Kriegsdauer gut überstanden hat. Die Mitgliederzahl hat sogar eine Steigerung erfahren; am 30. Juni 1914 waren 9165 Mitglieder vorhanden, am selben Tage dieses Jahres wurden 6783 Mitglieder und 2628 Kriegsteilnehmer, insgesamt 9411 Mitglieder gezählt. Zwar ist auch die Zahl der organisierten weiblichen Bureauangestellten (Stenotypistinnen, Maschinenschreiber usw.) gestiegen; die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte hat aber in der Kriegszeit darat rapide um sich gegriffen, daß von einer relativen Verschlechterung des Organisationsstandes unter diesen Angestellten gesprochen werden muß.

Obwohl der Verband durch den Krieg zu großen Unterhaltungsaufwendungen genötigt war, ist er dank der Opferwilligkeit der Mitglieder auch finanziell nicht erschüttert. Infolge des Krieges wurde die Arbeitslosenunterstützung erweitert, eine Kriegsnotstandsunterstützung für Kriegervfamilien und eine Kriegstierbesicherung für verheiratete Kriegsteilnehmer eingeführt. Für diese „Kriegsleistungen“ verausgabte der Verband im ersten Kriegsjahr über 80 000 M., dazu rund 7000 M. für Sterbegeld und Krankenunterstützung. Hierfür und um den Beitragsausfall zu decken, mußte zu Extrabeiträgen und freiwilligen Sammlungen gegriffen werden. — Die Bezirksleiterkonferenz hat diese, bei Ausbruch des Krieges vom Vorstand und Ausschuh des Verbandes getroffenen Massnahmen genehmigt. Sie erklärte sich auch einverstanden, mit dem 1. November d. J. die freiwilligen Sammlungen einzustellen und die Einschränkung der Krankenunterstützung dazat zu ändern, daß sie alsdann wieder in allen Unterstützungsfällen gezahlt wird, und zwar vorläufig in Höhe der halben Unterstützungssätze. Die aus dem Heeresdienst ausscheidenden Mitglieder, die erwerbsfähig sind, treten bei Anmeldung innerhalb eines Monats in ihre alten Rechte wieder ein; die sühnungsgemäße Vorauszahlung für Militärpflichtige soll nicht verlangt werden. Erwerbsunfähige Kriegsteilnehmer können in die 3. Beitragsklasse eintreten.

In eingehender Weise befahte sich die Konferenz mit der Kriegsbeschädigten-Fürsorge. Der Verband will dafür alles einsehen, daß die im Verufe noch vertretbaren Kriegsbeschädigten Berufsgenossen von ihrem früheren Arbeitgeber beschäftigt werden. Rötigenfalls sollen geeignete Stellen vermittelt und so die Gründung einer neuen Existenz in jeder Weise erleichtert werden. Aber auch das Recht auf die alte Stellung muß für die nach Friedensschluß heimkehrenden Berufsgenossen sichergestellt werden. — Für diese beiden Ziele hat die Konferenz Beschlüsse aufgestellt, die im wesentlichen zwei Grundsätze betonen:

1. Die Kriegsteilnehmer, auch die erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten, sind von ihrem letzten Arbeitgeber wieder einzustellen.
  2. Die Kriegsbeschädigten Angestellten sind entsprechend ihren Leistungen zu besolden. Die Kriegsbeschädigten erhalten das volle Gehalt eines gleichartigen, nicht erwerbsbeschränkten Angestellten, soweit sie durch die Kriegsbeschädigung an der vollen Arbeitsleistung nicht gehindert sind. Renten dürfen in keinem Falle für eine geringere Besoldung herangezogen werden.
- Wegen eines solchen Uebereinkommens wird die Organisationsleitung an die in Betracht kommenden Arbeitgeberverbände herantraten. Vor allem soll eine derartige Verständigung beim Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen angestrebt werden. — Schließlich wurde noch über die öffentliche Stellenvermittlung verhandelt und gefordert, daß bis zu deren geschlichen Regelung die Stadtverwaltungen solche Einrichtungen treffen.

# A. WERTHEIM

## Sowelt Vorrat Billige Lebensmittel Sowelt Vorrat

### Geflügel

- Gänse ..... Pfund 1.40 u. 1.50
- Suppenhühner ..... Pfund 1.60
- Brathühner . Pfund 1.80 u. 2.20
- Rebhühner . . Stück 1.35 u. 1.95

### Fische

- Lebende Lausitzer Karpfen Pfund 1.10 u. 1.20
- Lebende Schleie kleine, Pfd 1.10
- Lebende Hechte . . . Pfund 1.45
- Lebende Aale ..... Pfund 1.45

### Räucherwaren

- Kleier Schleibücklinge 3 Stück . . . 25 Pl. Stück . . 10 Pl.
- Sprott-Bücklinge . . . Pfund 90 Pl.

### Frisches Fleisch

- Rinder-Querrippe ..... Pfund 1 M.
- Rinderkamm ..... Pfund 1.05
- Schmorfleisch mit Knochen Pfund 1.20
- Roastbeef mit Knochen . . . Pfund 1.10
- Hammelkeule u. -rücken im Ganzen, Pfund 1.30
- Hammeldünnung ..... Pfund 1.20
- Hammel dicke Rippe . . . Pfund 1.30
- Caßler Rippespeer Ecke 2-3 Pfd. Pfund 1.55 im Ganzen Pfund 1.65 Mittelstück Pfund 1.75
- Ochsenschwanz ..... Pfund 80 Pl.

### Salzfische

Kopf- oder Schwanzstück in ganzen Fischen Mittelstück

Pfund . . 35 Pl. 40 Pl. 45 Pl.

Kostproben 11-1 und 5-7 Uhr

### Obst und Gemüse

- Brüsseler Weintrauben Pfund 55 u. 80 Pl.
- Goldwein Kistchen, etwa 3/4 Pfd. . . 1.30
- Große rote Tafeläpfel . Pfund 18 Pl.
- Graue Reinetten ..... 2 Pfund 35 Pl.
- Butterbirnen ..... 2 Pfund 35 Pl.
- Zitronen ..... Dutzend 40 50 60 Pl.
- Blumenkohl ..... Kopf 25 und 28 Pl.
- Schwarzwurzeln Pfd. 20 Pl. Radleschen & 10 Pl.
- Rot- u. Wirsingkohl . . . Pfund 7 Pl.
- Weißkohl u. Kürbis. . . Pfund 6 Pl.

### Lebende Pflanzen

- Phönixpalmen ..... Stück 2.25 bis 8 M.
- Kentien ..... Stück 2.75 bis 10.50
- Araukarien ..... Stück 85 Pl. bis 3.75
- Kokospalmen ..... Stück 60 Pl. bis 2.75
- Farn in verschied. Arten . . . Topf 40 u. 60 Pl.
- Adiantum ..... Topf 45 Pl.
- Sprenger (Sprengkraut) volle Pflanzen. . . . . Topf 70 Pl.
- Priemejn reich blühend . . . Topf 30 u. 40 Pl.
- Erika ihr Balsomschmückung, gut blühend. . . . . Topf 60 Pl.
- Balkontannen . . . . . ungepfl. 25 Pl. gepfl. 30 Pl.
- Hyazinthenzwiebeln . . . . . 16 Pl. Dtz. 1.80
- Hyazinthenzwiebeln . . . . . 6 Pl. Dtz. 70 Pl.
- Tulpenzwiebeln verschied. Sorten, 10 St. 16 Pl.
- Schneeglöckchen einfach . . . . . 100 St. 1.50
- Galante Schneeglöckchen 10 St. 26 Pl., 100 St. 2.50
- Krokus . . . . . 10 St. 18 Pl., 100 St. 1.70

### Wurstwaren

- Zervelatwurst ..... Pfund 2.80
- Plockwurst . . . . . Pfund 2.50
- Teewurst . . . . . Pfund 2.80
- Bauernmettwurst . . . Pfund 2.50
- Rollschinken etwa 6-8 Pfd., Pfund 3 M.
- Landschinken etwa 12-15 Pfd., Pfd. 2.80
- Feine Leberwurst . . Pfund 2.40
- Landleberwurst . . . Pfund 1.70
- Rotwurst . . . . . Pfund 1.90

### Ständiger Verkauf jeden Freitags

- Frische Blut- u. Semmel-leberwurst . . . . . Pfund 1.40

### Butter

- Tisch- u. Tafelbutter Pfund 2.58 u. 2.62
- 1/2-Pfund-Pakete 1.29 u. 1.31

### Freitag und Sonnabend

### Tafel-Löffel

Alpaka, stark versilbert, 60 Gramm Auflage,

Stück 1.35

### Bis Sonnabend

## Sonder-Preise für Damenhüte und -Blusen

### Freitag und Sonnabend

### Hauschuhe

- Damen-Meltonschuhe abgestreift, mit Lederohle und Absatz 2.80 3.75
- Damenschuhe kammoharzig. . . . . 3.20 Schuhen-abst. 4.85
- Damen-Umschlagschuhe kammoharzig, mit Filz und Lederohle . . . 3.30
- Herrenschuhe kammoharzig. . . . . 3.80 Schuhen-abst. 5.50

Politische Uebersicht.

Noch einmal: Vom Mann, der alles weiß.

Nichts ist amüsanter und für die jetzt herrschende Verwirrung Bezeichnender, als die Betrachtungen, die in der bürgerlichen Presse aus Anlaß der nationalistischen Wandlungen dieser oder jener Vertreter der Sozialdemokratie — wohlgerichtet der ausländischen Sozialdemokratie — angestellt werden.

Eine prächtige Probe dieser Art bietet uns ein Herr Diplomaticus in der „V. B. am Mittag“. Der „Mann, der alles weiß“, weiß auch Bescheid in den verschiedenen Richtungen der internationalen Sozialdemokratie.

Seine prächtige Probe dieser Art bietet uns ein Herr Diplomaticus in der „V. B. am Mittag“. Der „Mann, der alles weiß“, weiß auch Bescheid in den verschiedenen Richtungen der internationalen Sozialdemokratie.

Seine prächtige Probe dieser Art bietet uns ein Herr Diplomaticus in der „V. B. am Mittag“. Der „Mann, der alles weiß“, weiß auch Bescheid in den verschiedenen Richtungen der internationalen Sozialdemokratie.

Der Eisenbahner-Revers.

In Bayern müssen die Eisenbahner einen Revers unterzeichnen, daß sie sozialdemokratischen Organisationen nicht angehören. Gegen diesen Revers ist schon oft Sturm gelaufen worden, auch während der Dauer des jetzigen Krieges, aber immer vergeblich.

Schwarze Listen für Krieger.

Das „Wohltun“ mancher Hausbesitzer gegenüber Kriegern und deren Frauen nimmt an Umfang zu, je länger der Krieg dauert. Das erfahren auch diejenigen, die trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage das Kunststück fertiggebracht haben, ihren Verpflichtungen

gegen den Hauswirt immer pünktlich nachzukommen. So erhielt ein zum Militär eingezogener Krieger in Breslau, der gegenwärtig auf Urlaub ist, von seiner Wirtin, Besizerin mehrerer Käufer, folgenden Brief:

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir Sie beim Grundbesitzer-Verein angezeigt haben. Da Sie uns keine Miete gezahlt, kommen Sie auf die schwarze Tafel, welche jedem Hauswirt von Breslau zugestellt wird, und Sie bekommen in ganz Breslau von jetzt ab keine Wohnung mehr.

Wollen Sie doch noch, Herr W., als ehrlicher Mann vor der Welt dastehen, da bezahlen Sie Ihre Miete, denn dieses schadet Ihnen das ganze Leben.

Nach Ausweis der Mietsbücher ist die Miete immer pünktlich bezahlt worden und nur für den September Rest geblieben. Also nur einen Monat Rest und trotzdem die Drohung mit der schwarzen Liste.

In einem anderen Falle ließ ein ebenfalls sehr begüterter Hauswirt eine Kriegerfrau mit drei kleinen Kindern abends auf die Straße setzen. Die Frau, gegen die ein Veräußerungsurteil ergangen war, mußte mit ihren drei Kindern bei einer Nachbarin für die Nacht Zuflucht suchen, während ihre bisherige Wohnung leer stand.

Zinneinfuhr nach Deutschland.

Amsterdam, 7. Oktober. (W. L. W.) Vor einiger Zeit hat, wie „Handelsblad“ erfährt, der Kolonialminister einen größeren Vorrat von Zinn an Deutschland verkauft, um im Austausch dagegen Anilinfarben für Niederländisch-Indien zu erhalten, und die deutsche Regierung hatte zugesagt, dieses Zinn ausschließlich für Handelszwecke verwenden zu lassen.

Das tägliche Brot.

Regierung und Lebensmittelteuerung.

Auf eine Eingabe des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses an den Präsidenten des Staatsministeriums, in der Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung verlangt wurden, hat der Ministerpräsident Dr. von Bethmann-Hollweg folgendermaßen geantwortet:

Aus den verschiedenen, in der letzten Zeit ergriffenen Maßnahmen bitte ich den Vorstand, zu ersehen, daß sich die preussische Staatsregierung ebenso wie die Reichsleitung der Bedeutung der in Ihrer Eingabe berührten Fragen voll bewußt ist.

Leben und Treiben in Wilna.

Wilna, September 1915.

Zwischen verbrannten Dörfern hindurch fahre ich nach Wilna. Schon von fern leuchten mir die vergoldeten Augen und Kreuze von den vielen Kirchen entgegen. In der Stadt herrscht ein reges Leben. Der Einzug der Deutschen löste die Menge auf die Straßen; zudem war es Sonntag. Ueber 300 000 Menschen sollen bis vor kurzem in der Stadt gewesen sein.

In der nördlichen Vorstadt stöße ich auf lange Jüge von Truppen und durchmarschierenden Kolonnen. Die Mannschaften benutzen die Gelegenheit zu Einkäufen. Die kleinen Vorstadtläden sind geöffnet; es gibt dort Badewasser, Obst, Zigaretten. Händler und Händlerinnen kommen auch mit Vorräten auf die Straße.

Ueber die Brücke am Georgiewski-Prospekt komme ich in die innere Stadt hinein. Hier ist das Gedränge der hin- und herwogenden Menge noch größer. Die Munition- und Kolonnenwagen — Hele über das holprige Pflaster. Lastreiche Karren rasselnd vorbei. In manchen sitzen Soldaten; sie haben Einkäufe gemacht.

Polen geben in die Kirchen und in die Kinos. Viele Gläubige wandern zum wunderartigen Muttergottesbild in der Ostrana-Kapelle. Es ist in einem Vogenang über der Straße, von unten sichtbar, aufgestellt. In dem kleinen Gang vor dem Bilde knien betend Frauen und Kinder, küssen die Stufen des Altars.

Bemittelten Bevölkerung durch Regelung der Lebensmittelpreise und der Lebensmittelbeschaffung zu mildern. Ich füge ergebens hinzu, daß in Aussicht genommen ist, in den Beirät, der auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 über Preisprüfungsstellen zu errichtenden Preisprüfungsstellen für Lebensmittelpreise Vertreter aller Fraktionen des Reichstages als Mitglieder zu berufen und ihnen so Gelegenheit zu geben, an der Lösung der schwierigen Fragen der Preisgestaltung und Versorgung selbst mitzuarbeiten.

Ein Sieg über die Konsumenten.

In Münster i. W. gab es vor einigen Wochen einen lebhaften Butterkrieg. Die Polizei schritt ein und setzte den Preis für das Pfund Butter auf 1,80 M. fest. Gleichzeitig wurden die Landwirte und Händler benachrichtigt, daß 1,50 M. schon ein ganz angemessener Preis sei.

Solange nicht das Reich durch vielfach erdörte Maßnahmen eingreift oder wenigstens die Gemeinden größerer Bezirke gemeinsam vorgehen, wird eine einzelne Kommune im Kampfe gegen den Zucker wenig erreichen können.

Die Preisprüfungsstelle für Lebensmittel.

Die auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Preisprüfungsstellen und Versorgungsregelung vom 25. September 1915 errichtete Preisprüfungsstelle für Lebensmittelpreise beginnt ihre Tätigkeit am 11. Oktober 1915.

- Es sind ernannt: zum Vorsitzenden: der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Richter; zum Ersten Vertreter des Vorsitzenden: der Abteilungsleiter im Reichsamt des Innern, Präsident Dr. Kay; zum Zweiten Vertreter des Vorsitzenden: der Ministerialdirektor im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Lufensky; zum Geschäftsführenden Vorstandsmitglied: der Vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Dr. Jung.

Aus der Partei.

Eduard Bernstein über die Internationale.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: In der „Neuen Zeit“ spricht sich der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein über den „Wert der Internationale“ aus. Er ist der Ansicht, daß sich in Bezug auf die Wertung der sozialdemokratischen Internationale, deren Organismus der Weltkrieg einen lähmenden Schlag versetzt habe, ein großer Wandel zu vollziehen droht.

Verfieht man unter Realität einer sozialen oder politischen Schätzung nur die Wirkung im grobmateriellen Sinne, so hat es um die Internationale zwar in Bezug auf die Zahl und Größe der ihr angeschlossenen Verbindungen in den letzten Jahrzehnten glänzend genug, in Bezug auf Leistungen aber nur sehr mäßig gestanden. Nur wenige Kämpfe der Arbeiterschaft haben sich internationaler Unterstützung in größerem Umfang zu erfreuen gehabt, und soweit es der Fall war, ist es um Geden und Nehmen recht ungleich beschaffen gewesen.

Ein polnischer Student, der zurzeit einem größeren gewerblichen Betriebe vorsteht, erzählte mir Folgendes: Bis in die jüngsten Tage hinein wurden Extrablätter verbreitet, die immer neue Siege der Russen und die Gefangennahme vieler Deutscher meldeten. Offiziere, die in seinem Laden kauften, spotteten darüber, sagten: Das ist alles gelogen, Rußland hat verloren. Die Polen hielten die russische Regierung, nicht das russische Volk, für die Kosaken seien schlecht, als Soldaten feige, nur tapfer gegen Frauen und Kinder.

Ein anderer jüdischer Kaufmann meinte, der Fall Kowno sei in gewissem Sinne ein Glücksfall für seine Glaubensgenossen in Wilna gewesen und die aus Kowno vertriebenen Juden könnten sich glücklich schätzen, daß man sie nicht in der Stadt gelassen habe. Wären sie dort geblieben, dann würden die Russen jetzt ganz sicher behaupten, die Juden hätten Kowno an die Deutschen verraten. Da die Juden schon vor einem halben Jahre Kowno verlassen mußten, könne man sie unmöglich für den Fall der Festung verantwortlich machen. Wären die Juden in Kowno geblieben, würden sie nun fürchtbar zu leiden haben; könnte man die Juden Kowno für die Niederlage der Russen verantwortlich machen, dann würden die Panatiker auch nicht säumen, zu behaupten, Wilna sei ebenfalls durch Verrat in deutschen Besitz gelangt.

Bei anbrechender Dunkelheit blihen in den aus dem Fruhtal sich den welligen Uferhöhen hinaufziehenden Häusern der ziemlich ausgedehnten Stadt Tausende und Abertausende von Lichtern auf. Und in den Hauptstraßen gehen die Wogen des Lebens noch höher als tagsüber. Autos und Wagen jagen durch die Straßen, der Automobilverkehr schreit und knallt, die Menge der Fußgänger quillt von den schmalen Bürgersteigen auf den Damm, schiebt sich straf-auf strafab, verliert sich zum Teil in Seitenstraßen. Plätze und Parkanlagen sind belebt. Wilna scheint sehr viele junge Damen zu beherbergen. In großer Zahl führen sie über mehr oder minder eleganten und geschmackvollen Toiletten spazieren. Auch viele junge und ältere Männer in modernen Anzügen, feinen Stiefeln und Strawatten schieben sich durch die wogende Menschenmenge. Einige Soldaten haben schon persönlichen Anschluß an Einheimische gefunden. Man sieht sie mit neuen Bekanntschaften durch die Stadt fahren, umherpromenieren, in den Kaffees sitzen oder die Kassen der Kinos stürmen. In einigen Kaffees ist Konzert und großer Trubel. Puppchen, du bist mein Augentern“ singen Feldgrauen zu den Klängen der Musik. Die Damen lassen sich Kuchen, Kaffee, Tee oder Limonade servieren. Auch im Hotel Bristol, wo der Preis für ein Zimmer zwischen 4—5 Rubel pro Tag schwankt, ist abends Konzert.

Von den Schrecken des Krieges spürt man hier wenig oder gar nichts. Hier könnte man beinahe zu der Auffassung kommen, der Krieg sei eine amüsantere Unterbrechung des gewohnten ewigen Einerleis. In Wilna ein Lachen und Scherzen, volle Restaurants, Kaffeehäuser, Kinos, große Lager von Lebens- und Genussmitteln, viele Menschen, die herrlich leben und genießen; einige Kilometer weiter jedoch Hunderttausende von Menschen, die unter schweren Mühen und Entbehrungen in mörderischem Ringen vielleicht eine weltgeschichtliche Entscheidung herbeiführen.

Düwel, Kriegsberichterstatter.

worden. Unter diesem Gesichtspunkt könnte man in der Sprache der Geschäftswelt sagen, daß für die deutsche Arbeiterbewegung die Internationale immer nur mit Unterbilanz gearbeitet hat.

Aber er kommt zu dem Schluss, daß der Hauptwert der Internationale vor dem Krieg nicht auf dem Gebiet unmittelbar praktischer Leistungen lag, sondern in ihrer großen moralischen Wirkung bestand, die sich erst unmittelbar in praktischen Gewinn umsetzte. Und nach dem Kriege? Was würde die Preisgabe des internationalen Gedankens bedeuten? Edward Bernstein sagt:

„Nicht mehr in dem Maße wie bisher würde die Partei ihren Anhängern jene Begeisterung einflößen können, dank deren die Bewegung jene große Widerstandskraft und jenen festen Zusammenhalt erlangen konnte, um welche die Gegner sie beneideten und welche die Freunde an ihr bewunderten und schätzten. Sie würde die von Hause aus Kühnen nicht genügend erwarman, um sie bei der Fahne zu halten, und die enthusiastischen Naturen unbefriedigt lassen und dadurch abziehen.“

Bedeutung erhält jedoch der Artikel von Bernstein nicht so sehr durch diese Ansichten, als vielmehr durch die schwere Anklage, die er, wenn auch verschleiert und indirekt, zum Schluss gegen die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als Vertreter ihrer Minderheit, wie folgt, erhebt:

„Wenn der Friede kommt, wird auch der Scheiter fallen, der heute allerhand Widerspruches verdedt, und es wird heißen, klar und unzweideutig Stellung nehmen. Nun steht es jedoch nicht im freien Willen der Partei, ob sie alsdann das alte Banner der Sozialdemokratie wieder in seiner vollen Reinheit wieder entfalten können oder nicht. Das wird vielmehr stark davon abhängen, was mit diesem Banner in der Zwischenzeit vorgegangen sein wird. Ein Banner, dessen Farbe verblüht ist, kann für alle möglichen Zwecke dienen, es wird aber nie das Banner der internationalen, völlerbefreien Sozialdemokratie sein. Mit der Internationalität läßt sich nicht spielen.“

### Reiz Hardies Zeichenbegängnis.

Am Mittwoch wurde Reiz Hardies Leiche im Krematorium von Glasgow eingesehrt. Die Teilnahme der Bevölkerung war außerordentlich groß, viele Tausende standen den Straßen entlang, durch die sich der Leichenzug bewegte. Außer einer Vertretung des Gemeinderats von North End, des Wahlkreises Reiz Hardies, des Gemeinderats von Glasgow und vielen Mitgliedern der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei wohnten zahlreiche Delegierte der unabhängigen Arbeiterpartei, der Gewerkschaften und anderer proletarischer Vereinigungen der Feiertage bei. Nach der religiösen Feier sprach das Unterhausmitglied Genosse Jowett, ein alter Freund des Verstorbenen, über das Leben und Wirken des Vorkämpfers der selbstständigen Arbeiterpolitik in England.

Im Anschluß an die Beisetzung fand in Glasgow eine von der unabhängigen Arbeiterpartei zum Andenken an Reiz Hardie veranstaltete große Volksversammlung statt. Eine andere wurde am Sonntag in London abgehalten. Hauptredner war Genosse Snowden.

Der „Labour Leader“ hat einen großen Teil seiner letzten Nummer Reiz Hardie gewidmet. Wir finden darin u. a. Artikel von Genossen und Genossin Bruce Glasier.

### Totenliste der Partei.

Am 8. d. Mts. verstarb in Heidingsfeld bei Würzburg der Genosse Leopold Lampert im 40. Lebensjahre. Der Verstorbene hat länger als zwei Jahrzehnte der Partei in organisatorischer wie agitatorischer Beziehung große Dienste geleistet. Seit mehreren Jahren gehörte er dem Kreisvorstande für den Wahlkreis Würzburg an. Seine Haupttätigkeit entfaltete Lampert auf kommunalem Gebiete. Seit 1908 dem Gemeinderat angehörend, bekleidete er seit 1911 den Posten als Magistratsrat, wo er bei Verlaubung usw. des Bürgermeisters dessen Stelle vertrat. Bei der am Dienstag stattgefundenen Wiederholung der Bürgermeisterwahl (ein Pentrumsmann) den Verstorbenen als ein Muster von Eifer, Arbeitsamkeit und Pflichttreue, als ein Vorbild für andere hin und widmete ihm warme Worte des Dankes unter Niederlegung eines prächtigen Kranzes im Namen der Stadtverwaltung. Die Partei hat in dem Verstorbenen, besonders auf kommunalem Gebiete, viel verloren. Sie wird sich stets dankend seiner erinnern.

## Aus Industrie und Handel.

### Kriegsgewinne.

Die Aktiengesellschaft Lauchhammer steigerte bei vermehrten Abschreibungen ihren Reingewinn von 149 auf 230 Millionen Mark. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von 10 Proz. gegen 6 Proz. im Vorjahre.

Die Schweizer-Matinger Maschinenbau A.-G. erzielte einen Reingewinn von 877 280 M. gegen 290 620 M. im Vorjahre. Die Dividende wird von 5 auf 7 Proz. erhöht.

Der Trachenberger Zuckerrübe, die im vergangenen Jahre mit einem Verlust von 218 335 M. abschloß, verblieb diesmal ein Reingewinn von 142 828 M., woraus 4 Proz. Dividende gezahlt werden.

### Ein neuer Stahltruss.

Die Bethlehem Steel Co., die Pennsylvania- und die Midvale-Stahlgesellschaften schließen sich zusammen. Diese drei Unternehmen werden den Kern eines neuen unabhängigen Stahlwerksverbandes bilden, der wettbewerbsfähig mit dem alten Stahltruss (der United States Steel Corporation) sein soll. Die ungeheure Operation ist durch Schwab, Doren, Pöschel und Freese bewerkstelligt worden. Sie beabsichtigen, die Anlagen aller Gesellschaften für die Ausführung von Kriegsmaterial-Aufträgen auszunutzen. Die Midvale-Gesellschaft hatte bisher Aufträge auf Kriegsmaterial abgelehnt. Bethlehem Steel-Aktien stiegen infolgedessen an der New Yorker Börse auf 400.

Die Stellung des alten Stahltrusses ist trotzdem nicht bedroht, weil er die Hälfte der Stahlerzeugung der Vereinigten Staaten beherrscht. Selbst wenn, wie es heißt, die Ladawanna-Stahlgesellschaft, die Concible-Stahlgesellschaft, die American Tar and Foundry Co. und die Baldwin-Lokomotivwerke dem neuen Truss beitreten werden, wird das Gesamtkapital des neuen Trusses noch nicht entfernt das Aktienkapital von 868 Millionen Dollar (nebst 550 Millionen Dollar Obligationen) des alten Trusses erreichen.

### Kriegsausgleich für die Obstverarbeitungsindustrie.

Auf Anregung der Zentral-Einlaufgesellschaft haben Vertreter der gesamten deutschen Obstverarbeitungs-Industrie am 26. September d. J. in Berlin eine zahlreich besuchte Versammlung abgehalten, um sich über den Bedarf der für die Kriegszeit eingekauften Zentralküchen an Marmelade, Mus usw. zu unterrichten, und dessen Sicherstellung zu besprechen. Es kam zur Gründung eines Kriegsausgleichs der gesamten deutschen Obstverarbeitungsindustrie.

Zu den Aufgaben des Ausgleichs gehören im besonderen: Rahmnahmen zur Konfervierung überschüssigen Obstes, Erwerb und Verwertung von Vorräten aus dem Auslande und aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten, Vermittlung von Lieferungen an Heer und Zivilbevölkerung, Unterstützung der Industrie zur Behebung fabrikatorischer Schwierigkeiten, Zusammenarbeit mit Gartenbauvereinen und Obstbauvereinen zwecks Vereinfachung des deutschen Obstbaues zur Hebung und Regelung des Obstangebots u. a. m. — In engem Zusammenwirken mit der bei der Zentral-

Einlauf-Gesellschaft eingerichteten Obstverteilung wird der Ausgleich sich ferner um die zweckmäßige Verwertung der Bildfrüchte und des Fallobstes bemühen, während er andererseits bemüht sein wird, daß diejenigen Firmen, die sich an der baltischen Aufgabe der Rohbaumgüter aller zur menschlichen Nahrung geeigneten Früchte hervorragend beteiligen, auch bei der Verteilung größerer Lieferungen seitens der Heeresstellen, der städtischen Gemeinden und anderer großer Verbraucher gebührende Berücksichtigung finden. Interessenten erhalten jede gewünschte Auskunft durch die Geschäftsstelle des Kriegsausgleichs, Berlin, Französischestr. 14 (Telegraphenadresse: Fruchtverwertung).

### Industrielle Verwertung von Kartoffelmehl.

Die Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft fordert die Betriebe, welche Kartoffelstärke und Kartoffelmehl für ihre Erzeugnisse verwenden, wie Textil-, Papier-, Nahrungsmittel-, Tapeten-, Klebstoff-Fabriken, ausschließlich solcher Betriebe, welche aus den Kartoffelabfällen in chemischer Hinsicht neue Produkte herstellen, wie Glycerin, Glukosen, lösliche Stärke, auf, bis 20. Oktober 1915 den Bedarf für die Zeit vom 1. November 1915 bis 30. September 1916 anzugeben. Die für einzelne Industriezweige bisher vorgenommenen Beschränkungen müssen bei Angabe des Bedarfes entsprechend berücksichtigt werden. Anmeldeformulare können bei der Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft m. b. H. Abt. 6, Berlin W 9, bezogen werden.

## Soziales.

### Streit um Tariflöhne.

Mehrere Klagen von Tornisterarbeitern auf Zahlung der Tariflöhne beschäftigten gestern die Kammer 2 des Gewerbegerichts.

In einem Rechtsstreit, wo die Kläger als Tornisterarbeiter geringere Löhne erhalten haben wollten, als der Reichstarif für Militärlebensausrüstung vorseht, wurde die Nachzahlung der Lohn Differenz gefordert. In diesem Falle hatte sich die Kammer in einem früheren Termin auf den Standpunkt gestellt: Die Forderung der Kläger würde nur dann begründet sein, wenn die Differenz zwischen den ihnen gezahlten Lohnsätzen und denen des Reichstarfs so groß ist, daß der Arbeitsvertrag als gegen die guten Sitten verstößend angesehen werden muß. Um die Differenz festzustellen, war die Ladung eines Sachverständigen beschlossen worden. In dem gestrigen Termin gab der Sachverständige, Fabrikant Werner, sein Gutachten ab: Der Reichstarif legt für den ganzen Tornister der hier in Frage kommenden Sorte einen Stücklohn von 4,30 M. fest, außerdem einen Kriegszuschlag von 30 Proz. Ueber die an dem Tornister zu verrichtenden Teilarbeiten enthält der Reichstarif keine Lohnsätze. Wenn die Löhne, welche der Beklagte für die einzelnen Teilarbeiten zahlte, zusammengerechnet werden, ergibt sich für den ganzen Tornister der tarifmäßige Satz von 4,30 M., es fehlt aber der Kriegszuschlag von 30 Proz. Zur Zahlung dieses Zuschlages sind aber nur diejenigen Fabrikanten verpflichtet, welche direkt für die Heeresverwaltung liefern. Da der Beklagte seiner Angabe nach die Arbeiten aus dritter Hand bekommen hatte, war er nicht verpflichtet, den Kriegszuschlag zu zahlen.

Die Kläger machten geltend, die von ihnen ausgeführten Teilarbeiten seien so schlecht bezahlt worden, daß sie nicht halb so viel verdienen konnten als sie in anderen Tornisterwerkstätten verdient hätten. Sie beriefen sich darauf, daß zwischen dem Sattlerverband und dem Kriegslebensausrüstungsverband ein Abkommen über die Lohnsätze der Teilarbeiten getroffen sei und die ihnen vom Beklagten gezahlten Lohnsätze wesentlich niedriger seien. In dem Abkommen seien allerdings die 30 Proz. Zuschlag bei jeder einzelnen Position mit eingerechnet.

Der Vorsitzende der Kammer, Justizrat Maruse, empfahl den Klägern, die Klage zurückzunehmen, weil nach dem Gutachten des Sachverständigen von einem Verstoß gegen die guten Sitten keine Rede sein könne. — Die Kläger zogen darauf die Klage zurück.

2. In einem anderen Falle, wo der Kläger ebenfalls die Nachzahlung der Differenz zwischen den Sätzen des Reichstarfs und den ihm gewährten Lohn verlangte, hatte der Beklagte Tornister direkt an die Heeresverwaltung geliefert. Justizrat Maruse hielt dem Beklagten vor, daß er doch unter diesen Umständen an den Reichstarif gebunden sei. Der Beklagte erkannte das an und verglich sich mit dem Kläger.

3. In einem dritten Falle berief sich ein Heimarbeiter, der für einen Fabrikanten Militärärmeln angefertigt hatte, auf die vom Vorkriegsamt vorgeschriebenen Löhne. Da er geringere Löhne erhalten hatte, klagte er auf Nachzahlung der Differenz. Der Beklagte lehnte zunächst jede Zahlung ab, indem er meinte, er brauche die vom Vorkriegsamt vorgeschriebenen Löhne nicht zahlen, wenn der Arbeiter die Arbeit zu geringeren Löhnen angenommen habe. Schließlich zahlte der Beklagte im Vergleichswege einen Teil der Klageforderung, nachdem ihm der Vorsitzende vorgehalten hatte, daß er, weil er direkt für das Vorkriegsamt lieferte, verpflichtet sei, die von diesem vorgeschriebenen Löhne zu zahlen.

### Ablehnung einer Gewerbegerichtskammer.

Zum drittenmal hatte gestern die Kammer 2 des Gewerbegerichts über eine Klage des Sattlers Jacharias zu verhandeln, der von der Firma Fischer u. Richter den Akkordlohn für Tornister verlangte, deren Anfertigung er bewerkstelligt hatte, weil ihm seiner Angabe nach vorchriftswidriges Material geliefert worden sei. Daß diese Angabe nicht zutrifft, ist im vorigen Termin durch das Gutachten des Sachverständigen festgestellt worden. Im gegenwärtigen Termin sollte festgestellt werden, wie weit die Lohnforderung des Klägers, die sich auch noch auf andere Arbeiten bezieht, berechtigt ist. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte der Kläger, er lehne sämtliche amtierenden Richter wegen Befehdsverletzung und Rechtsverweigerung ab, die Begründung werde er zu den Akten geben. — Nach langer Beratung der Kammer verständete der Vorsitzende, Justizrat Maruse, dem Geleit entsprechend, das Ablehnungsgesuch werde zurückgewiesen. Da Tatsachen zur Begründung des Beschlusses nicht vorgebracht seien, auch die meisten der amtierenden Richter mit der Klagesache noch nichts zu tun gehabt hätten, erscheine der Ablehnungsantrag als nur zur Verhinderung der Sache gestellt. — Hierauf rief der Kläger dem Vorsitzenden zu: „Mit Ihnen verhandle ich nicht mehr. Nach der Zivilprozessordnung dürfen Sie gar nicht über meinen Ablehnungsantrag entscheiden.“ Der Kläger wandte dem Gericht demonstrativ den Rücken. — Nachdem er so die Teilnahme an der Verhandlung abgelehnt hatte, erging auf Antrag der Beklagten ein Versäumnisurteil gegen den Kläger, der den Gerichtsfall verließ mit den gegen den Vorsitzenden gerichteten drohenden Worten: „Das werde ich Ihnen zeigen, ich habe Jura studiert.“

### Unzuverlässigkeit als Bauunternehmer und Bauleiter.

Ein für das Baugewerbe und die Sicherheit der Bauarbeiter wichtige Entscheidung fällt dieser Tage das Oberverwaltungsgericht.

Die städtische Polizeiverwaltung von Kiel hatte gegen den Bauunternehmer August Köster in Kiel-Grassee auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung die Klage auf Unterlagung des Gewerbebetriebs als Bauunternehmer und Bauleiter eingereicht. Sie behauptete die Unzuverlässigkeit des Beklagten mit Bezug auf seinen Gewerbebetrieb. Vor allem wurde ihm folgender Vorfall zum Vorwurf gemacht: Als er in der Waldemarstraße zu Kiel einen Neubau ausführte, stürzte eines Tages nach der Frühstückspause auf diesem Bau das Anlegegerüst am Vorbau des zweiten Stockes und das Vordachgerüst des zweiten Stockes ab. Ein Bruder des Beklagten und ein anderer Maurer, die sich auf dem Gerüst befanden, wurden mit heruntergerissen und erheblich verletzt. Zur Unterlagung der Klage wurde im Laufe des Verfahrens noch ein früherer Vorfall herangezogen. Es hatte damals ein Bau sistiert werden müssen, weil der Mörtel nicht bindesfähig war.

Der Bezirksausgleich als erste Instanz hörte als Sachverständigen den Regierungsrat und Bauamt-Gast aus Schleswig und erkannte dann aus § 35 der Gewerbeordnung auf Unterlagung des Gewerbes. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte die Vorentscheidung mit folgender Begründung: Nach sorgfältiger Prüfung sei der Senat zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Vorfall des Gerüststurzes nach allem, was der Sachverständige festgestellt habe, so schwer wiege, daß in der Tat die Zuverlässigkeit des Beklagten nicht mehr angenommen werden könne. Der Senat sei der Feststellung des Sachverständigen gefolgt, daß das Gerüst nicht in vorchriftsmäßiger Weise genügend gesichert gewesen sei. Es komme auch nicht darauf an, ob das Gerüst wirklich, wie der Beklagte behauptet, zuerst abgedeckt und auf das Gerüst gefallen sei und erst den Abbruch des Gerüsts verursacht habe. Der Vorfall wäre auch verantwortlich dafür, daß die Arbeiten so hergestellt würden, daß das Gerüst nicht herunterfalle. Und andererseits, wenn das Gerüst nicht zuerst gefallen sei, wäre er verantwortlich für eine ordnungsmäßige Herstellung des Gerüsts. Das sei das Schlimmste, wenn bei Herstellung von Gerüsten nicht auf die Innehaltung der dafür gegebenen strengen Vorschriften gesehen werde. Auch läge noch ein anderer Fall vor, wo schlechtes Material (Mörtel) verarbeitet wurde, was dem Beklagten damals eine Warnung eingetragen habe. Aber der Vorfall mit dem Gerüst sei die Folge eines so schweren Vergehens und die Folgen seien so bedeutend und so schwer gewesen, daß das allein schon genüge, die Unzuverlässigkeit nachzuweisen. Darum müsse das Urteil des Bezirksausgleichs bestätigt werden.

## Jugendbewegung.

### Eine späte Anerkennung.

In einer von der „Tägl. Rundschau“ veröffentlichten Artikelserie „Dem sozialen Frieden entgegen“ von Direktor Spieder, finden wir folgende Worte die in uns eigenartige Erinnerungen und Gefühle hervorrufen:

Die Sozialdemokratie hat nach reinen vorurteilsfreien Beobachtungen das große Verdienst, sowohl den Alkoholismus so erfolgreich wie kaum eine andere mit ihr konkurrierende Vereinigung zu bekämpfen; sie hat auch das Verdienst, durch ihre Jugendpflege die Fabriklehrlinge von der Straße und aus dem Wirtshaus fortgebracht zu haben. So war es mir durchaus nicht überraschend, als mir unlängst ein Fabrikbesitzer aus Berlin, der 500 Arbeiter beschäftigt, erklärte, er verdanke es allein der Anti-Alkoholbewegung und der Jugendpflege der Sozialdemokratie, daß sowohl seine zahlreichen Lehrlinge, als auch seine Arbeiter überhaupt, in den letzten Jahren auf ein bedeutend höheres sittliches Niveau gehoben worden seien. Herr Spieder vertritt sich im übrigen eine Würdigung der sozialen Gegensätze u. a. auch von einer gerechten Werdung des Dreiklassenwahlrechts und einem wirksamen Schutz gegen übertriebene Erhöhung der Lebensmittelpreise.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 347 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Etappen-Inspektion der Rjemen-Armee, Remel-Kommando. Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 3., 4. und 5. Garde-Regiment zu Fuß; 1. und 2. Garde-Reg.-Reg.; Garde-Gen.-Regiment Alexander, Franz, Elisabeth und Nr. 5; Garde-Füs.-Reg.; Garde-Schützen-Bat. Lehr.-Inf.-Reg. Gren.-bap. Inf.-bap. Inf.-Regiment Nr. 2 (f. auch Etappen-Inspektion der Rjemen-Armee), 3., 4., 5., 6., 9., 18., 21., 23., 27., 28., 32., 33., 34., 36., 43 (f. auch Feldfliegertruppe), 48., 49., 51., 52., 54., 55., 56., 66., 67., 75., 77., 78., 79., 82., 84., 85., 86 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 88., 111., 112., 114., 115 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 120., 132., 146., 147., 149., 150., 155., 157., 162., 167., 170., 172., 173., 175., 176., 184., 188., 189. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 13., 19., 22., 23., 24., 26., 27 (f. Inf.-Reg. Nr. 27), 28., 35., 38., 45., 56., 59., 60., 64., 66., 70 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 217), 83., 87., 91., 111., 202 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 83), 203., 205., 206., 207., 208., 213., 214., 217., 218., 219., 220., 223., 224., 225., 227., 228., 231., 232., 233., 256., 258., 260., 261. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 28. Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 6., 18., 23., 31., 37., 38., 46., 51., 52., 53., 60., 61., 90., 118. Jäger-Reg. Nr. 2; Ref.-Bataillone Nr. 4., 14 (f. Jäger-Reg. Nr. 2), 17., 19., 22. Radfahrer-Kompanien Nr. 150 (Breslau I) und 1. Königsberg (Spiek). 1. Erf.-Maschinengew.-Komp. des 5. Armeekorps; Feld-Maschinengew.-Büge Nr. 206 (f. Inf.-Reg. Nr. 82), 270 (f. Garde-Füs.-Reg.). Kavallerie: 1. Garde-Dräger; Kürassiere Nr. 5 und 6; Dräger Nr. 1., 5., 9., 11., 14., 16., 20., 21; Husaren Nr. 1 und 4. Feldartillerie: 4. und 6. Garde-Regiment; 3. Garde-Reg.-Reg.; Regiment Nr. 2., 5., 9., 33., 36., 37., 41., 44., 50., 58., 69., 71., 78., 75., 79., 104., 200; Ref.-Regimenter Nr. 35., 45., 46., 47., 48., 50., 58., 61., 67. Wallonabwehr-Kommando Nr. 37 (f. Feldart.-Reg. Nr. 41). Fuhrartillerie: 1. Garde-Reg.; 2. Garde-Reg.-Reg.; Regiment Nr. 2., 4., 5., 6., 7., 9., 14., 15., 16; Ref.-Regimenter Nr. 1., 2 (f. auch Fuhrart.-Reg. Nr. 2), 3., 5., 6., 7., 9., 10., 17; Ref.-Bataillone Nr. 22 und 27; Landw.-Bataillone Nr. 6 und 11; Batterien Nr. 111., 221., 263., 274., 400a; Landst.-Bat. des 5. Armeekorps.

Pioniere: 1. Garde-Bat.; Regiment Nr. 10., 23., 24., 25., 29; Bataillone: I. und II. Nr. 2., II. Nr. 3., I. Nr. 5., I. und II. Nr. 6., I. Nr. 7., I. Nr. 8., II. Nr. 9., I. und II. Nr. 10., I. und II. Nr. 11., I. Nr. 15., I. und III. Nr. 16., I. Nr. 17., I. und II. Nr. 21., I. und II. Nr. 26., II. Nr. 27; Ref.-Bat. Nr. 89; Erf.-Bataillone Nr. 5., 6., 17. Kompanien Nr. 100., 104., 250., 308; Ref.-Komp. Nr. 49 und 84; Landw.-Komp. Nr. 2 des 3. und Nr. 2 des 8. Armeekorps. Ref.-Schwimmer-Reg. Nr. 1. Leichte Minenwerfer-Abt. Nr. 256; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 111 und 168; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 4 und 72.

Verkehrstruppen: Linien-Kommandantur Lody. Militär-Eisenbahn-Direktion Nr. 3. Eisenbahn-Betriebsamt Nr. 1 Genl. Ref.-Eisenbahn-Komp. Nr. 12. Armee-Fernspr.-Abt. Nr. 18; Fernspr.-Abt. des 10. Armeekorps. Starkstrom-Abt. der 14. Ref.-Div. Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Bat. Train-Korps-Brückentrain Nr. 2 des 2. Armeekorps; Div.-Brüden-Halbtrain Nr. 36 des 85. Inf.-Div. Ref.-Fuhrparkkolonne Nr. 67 des 7. Armeekorps; Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 7 der Rjemen-Armee und Nr. 8 der Arme-Abt. v. Stranz.

Munitionskolonnen: Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 5 des 7. Armeekorps; Fuhrart.-Munitionskolonnen Nr. 230 des 27. Armeekorps.

Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 4. und Nr. 2 des 6. Armeekorps. Armierungs-Bataillone.

Die sächsische Verlustliste Nr. 203 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 101., 102., 104., 105., 108., 102., 329; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100., 101., 106; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 101., 102., 133., 350; Erf.-Bat. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 101; Feldart.-Reg. Nr. 32; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 24., 32., 40; Luftschiffer-Truppe.

Die würtembergische Verlustliste Nr. 278 veröffentlicht Verluste des Erf.-Inf.-Reg. Nr. 51; Gren.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 122; Inf.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 125; Inf.-Reg. Nr. 126; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 248; Sanitätsformationen; Ref.-Feldlazarett Nr. 1; Armierungs-Bat. Nr. 69; Verluste durch Krankheiten; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

# Wohnungswesen.

Herbe enttäuscht wurde der, der von der am Mittwoch abgehaltenen zweiten Generalversammlung des Groß-Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen eine wirkliche Förderung des Wohnungswesens in Berlin erwartete. Was die beiden Referenten, der Geschäftsführer des Vereins Architekt Erich Leyser und der Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg vortrugen, war im wesentlichen nicht auf Beschaffung gesunder und billiger Wohnungen, als auf die Frage zugeht: wer borgt dem Hausbesitzer? Von einer großzügigen Markierung der so wichtigen Angelegenheit war nichts zu spüren. Und doch hätten beide Vortragenden aus den Akten allein des Berliner Stadtparlaments eine Fülle von Anregungen schöpfen können.

Dr. Leyser gab einen Abriss der im Kriegsjahr geleisteten Arbeit und hob hervor: Im Vordergrund der Tätigkeit des Vereins steht die planmäßige Vermittlung des Realcredits für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg.

Von besonderer Bedeutung für die Kenntnis des Wohnungsmarktes ist eine einheitliche Zählung der leerstehenden Wohnungen in Groß-Berlin, für die sich der Verein seit zwei Jahren eingesetzt hat. Von der Regierung ist sie ihm für die Zeit nach Beendigung des Krieges zugesagt worden. Es ist zu hoffen, daß auch in Verbindung damit ein einheitlicher Wohnungsnachweis für Groß-Berlin geschaffen wird. Der Redner richtete dann einen Appell an die Berufsorganisationen, besonders die Gewerkschaften, für das Wohl ihrer Mitglieder auch auf dem Gebiete der Wohnungsfrage durch Unterstützung der durchgreifenden Maßnahmen zu sorgen.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten sprach Dr. Dernburg über „Die Bedeutung der Realcreditfrage für die Gegenwart und Zukunft.“

Seine Ausführungen gingen dahin: Die Schwierigkeit, zweite Hypotheken zu erhalten, hat schon vor dem Kriege hemmend auf die Wohnungsherstellung gewirkt, die Versorgung mit ausreichenden preiswerten Wohngelegenheiten ist bei ihrer gleichem Unrentabilität wie Nahrung und Kleidung eine öffentliche Angelegenheit. Wird durch Wohnungsmangel die Wohnung zu teuer, so erfolgt eine gesundheitsgefährliche Zusammendrängung vieler Menschen in enge Behausungen. Der Krieg hat nun die Wohnungsfrage in ein neues Stadium gebracht. Drei Gesichtspunkte haben auf die Gestaltung und Lösung des Problems beherrschenden Einfluß gewonnen:

1. Das Steigen des Zinsfußes infolge der hohen Kriegsausgaben und die Erhöhung der Aufwände infolge Steigens von Materialpreisen und Löhnen nach Ablauf der Tarifverträge;
2. die Schwächung der Volkskraft infolge der hohen Verluste in dem noch nicht beendeten Feldzug;
3. die Erfahrungen, welche zuerst auf Grund der Kriegsgesetzgebung mit der Lösung großer sozialer Aufgaben gemacht wurden, und eine erfolgreiche Verstärkung des Staatssozialismus auch für die Zukunft anknüpfen.

Notwendig erscheinen uns als wirksame Maßnahmen: der Zusammentritt der Realcreditkommission des Reiches und die von allen Reichsministerien gleichmäßig geforderte Abhilfe der Mängel durch die Gesetzgebung; günstige Verlebensbedingungen billiger Art zur beschleunigten Durchführung einer wirksamen Dezentralisation Groß-Berlins. Für Groß-Berlin habe ich den Wunsch nach einer wirtschaftlichen Gemeinschaft aller Groß-Berliner Gemeinden, welche ihnen gestattet, ohne Reid und Mißgunst gegen die Außen-Gemeinden das wichtige Dezentralisationsproblem zu behandeln. Die Zeit dafür ist jetzt reif. Die Hauptfrage ist die Beschaffung der notwendigen Mittel. Die kommunale Hilfe für 2. Hypotheken erfordert — wenn sie überhaupt von Erfolg begleitet sein soll — eine Reform des Taxwesens und eine durchgreifende Entscheidung durch unklügelbare Amortisationshypotheken. Der Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen hat deshalb vorgeschlagen, die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollten statt der Pfandbriefe Garantien übernehmen.

Es wurde beschloffen, aus dem Verwaltungsrat des Vereins eine Kommission zu wählen, die — vielleicht mit Unterstützung der Statistischen Ämter — Erhebungen anstellen soll über die Zahl der in Groß-Berlin vorhandenen leerstehenden Wohnungen.

Wir sehen von einem Eingehen auf die einzelnen Ausführungen ab; hinweisen möchten wir auf den Grundfehler der Darstellung Dernburgs. Er liegt darin, daß Dr. Dernburg nicht die Misere des großstädtischen Wohnungswesens zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen nimmt, sondern die Schwierigkeit von Hausbesitzern, zu billigem Zinsfuß sich Leihkapital zu beschaffen. Will man ernsthaft der außerordentlich wichtigen Wohnungsmisere steuern, so muß auf die Ursache der Wohnungsnot eingegangen werden. Nicht um die finanzielle Hebung von Hausbesitzern, sondern um die Beschaffung billiger und gesunder Wohnungen handelt es sich. In Berlin haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten schon seit 1885 zu wiederholten Malen die Fingerringe auf die Wunde gelegt. Es ist freilich begreiflich, wenn eine Stadtverordnetenversammlung, deren Mehrheit aus Hausbesitzern besteht, versucht, an Stelle der Hebung einer Wohnungsnot Vinderung für geldbedürftige Hausbesitzer zu schaffen. Von dem Verein und dem Vortragenden hätte man mehr erwarten sollen. Hygienische Baupolizei-Verordnungen, ein sozial wirkendes Wohnungswesen und die Errichtung von Häusern mit gesunden und billigen kleinen Wohnungen aus Mitteln der Kommunen, des Staates und des Reiches sind erforderlich, nicht Darlehen für Hausbesitzer. Die Höhe der Mieten in den aus allgemeinen Mitteln zu errichtenden Häusern muß so bemessen werden, daß nur die Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung der Gebäude aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung der Häuser entsprechenden Aufwendungen sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden. Die Verdrängung des Wohnungsbedürfnisses ist eine Pflicht der Gesamtheit. Die Gesamtheit — Gemeinde, Staat, Reich — wird besser tun, den Grund und Boden zu expropriieren, als Darlehen an Hausbesitzer zu geben, die sich beim Kauf verrechnet haben. Der Preis der städtischen Grundstücke ist durch den Zusammenfluß so vieler Menschen und deren Wohnungsbedürfnis immens gestiegen, nicht durch die Arbeit der Hausbesitzer. Der Besitz von Mietshäusern ist in Berlin ein Gewerbe geworden, das außerordentlich lohnend ist, wenn das Haus in einer Hand bleibt. Geht das Haus von Hand zu Hand zu immer teureren Preisen und kommt da ein Besitzer in Bedrängnis, so hat doch die Allgemeinheit nicht das geringste Interesse, dem Mann, der sich verpekuliert hat, aus der Patsche zu helfen. Naturgemäß müßte der Grundbesitz wie jedes Produktionsmittel sich in den Händen der Gesamtheit befinden. Weshalb soll die Zeit bis zur Erfüllung dieser Notwendigkeit durch Bereitstellung öffentlicher Mittel verlängert werden? Nicht zu fern möge die Zeit sein, wo man darüber, daß Grundbesitz in Privatbesitz sein konnte, ebenso staunen wird, wie man es mit der heutigen Gesellschaftsordnung für undenkbar erachtet, daß Menschen im Eigentum anderer Menschen als Sklaven stehen können.

# Aus Groß-Berlin.

## Arbeitsverdienst und Kriegshilfe.

Die „Vossische Zeitung“ beschäftigt sich mit unserer Veröffentlichung über die Verweigerung von Kriegsunterstützung in den Fällen, in denen Kriegerfrauen durch Arbeit einen Verdienst erzielen. Sie sagt:

Die Kriegsunterstützung, die den Frauen und Kindern der im Felde stehenden Krieger gewährt wird, soll eine Entschädigung für den Nachteil darstellen, der ihnen dadurch entsteht, daß ihr natürlicher Ernährer ihnen fehlt. Sie soll selbstverständlich nur in den Fällen gewährt werden, wo tatsächlich ein Vermögensschaden entstanden ist und wo nicht eigene Geschäftstätigkeit die Frau in den Stand setzt, das für sich und ihre Kinder Nötige selbst anzuschaffen. So richtig dieser Grundsatz ist, so darf er doch nicht allzu wörtlich verstanden werden und er darf nicht da Platz greifen, wo die Frau, weil der Beitrag der Kriegsunterstützung meist für Mietzahlung, Kost, Kleidung usw. nicht ausreicht, sich entschlossen hat, selbst zu verdienen und eine der Stellungen zu übernehmen, die in der Kriegszeit beim Mangel männlicher Arbeitskräfte vielfach den Frauen eingeräumt worden sind. Weibliche Arbeit ist eine derartige Praxis aber Platz zu greifen. Frauen, die bisher eine Kriegsunterstützung bezogen haben, wird diese plötzlich entzogen, weil sie jetzt selbst verdienen und nun wohl anscheinend nach Ansicht der maßgebenden Instanzen nicht mehr bedürftig sind. Ein solches Verfahren bedeutet offen herausgesagt eine Belohnung und Unterstüßung der Faulheit. Wenn den Frauen, die für sich und ihre Kinder Unterstützung bezogen, diese entzogen wird, weil sie in einer Kriegsstellung eigenes Einkommen haben, so wird manche Frau in Zukunft darauf verzichten, selbst zu arbeiten, um ihre Kriegsunterstützung zu behalten, die ihr ohne jegliche Mühe und Arbeit von ihrer Seite fast ebensoviele einbringt wie ihr Arbeitsverdienst beträgt. Ja, es kann sogar vorkommen, daß diese ohne Handaufheben und ohne Arbeit zu beziehende Kriegsunterstützung höher war als der Arbeitsverdienst, daß also die Frau besser fortkommt und mehr erhält, wenn sie nichts tut, sondern die Hände in den Schoß legt.

Tatsächlich reicht die Kriegsunterstützung auch nicht entfernt aus, um alle die Anforderungen zu bestreiten, die das Leben an die ihres Ernährers beraubten Familien stellt. Sehr viele Frauen sind genötigt, wenn sie nicht hungern wollen, sich nach einem Verdienst umzusehen. Sie deshalb der Kriegsunterstützung zu berauben, wie das geschehen ist, ist ganz ungehörig, entspricht auch nicht dem Sinne des Gesetzes und den erlassenen Ausführungsbestimmungen.

Zu bedauern sind die Frauen, die nicht in der Lage sind, sich noch einen Verdienst zu verschaffen. Und diese Zahl ist recht hoch. Mit der Extraunterstützung hapert es auch sehr. Erstens wird nur gegeben, wenn ein besonderer Grund geltend gemacht wird, und dann müssen schon ein paar Monate vergehen, ehe eine Antragstellerin wieder berücksichtigt wird. Es wird höchste Zeit, die Unterstützung zu erhöhen und auch freigebiger mit Extrazuschüssen zu sein.

## Die Behandlung von Gefrierfleisch.

Die Gefrierfleischvorräte werden jetzt von den Gemeinden verkauft. Die städtischen Verwaltungen hatten bei dem Kaiserlichen Gesundheitsamt angeregt, einheitliche Richtlinien für die Behandlung und die Abgabe aufzustellen, um wirtschaftliche Verluste oder gesundheitliche Nachteile zu verhüten. Unvorsichtig aufgetautes Fleisch geht leicht in Fäulnis über. Es kann auch nicht wie anderes Fleisch verarbeitet werden. Das Gesundheitsamt hat nun eine Anleitung darüber aufgestellt, die den Regierungspräsidenten und dem Polizeipräsidenten in Berlin mitgeteilt worden ist. Schon vor Jahren hatte das Amt Versuche über die Haltbarkeit und das Auftauen von Hammelfleisch angestellt. Ueber Schweinefleisch hat ein Vertreter der Kältetechnischen Gesellschaft in Hamburg mitgeteilt, daß allmählich aufgetaute Ware nach 16 tägiger Aufbewahrung im Kühlhaus keinen Unterschied gegen nicht gefrorenes gewöhnliches erkennen ließ. Es war erst 24 Stunden bei 0 Grad, dann 3 Tage bei 8 Grad gehalten worden. Es konnte ohne Schaden zu Konservern verarbeitet werden. Jedemfalls verschlechtert ein gewaltiges Auftauen die Beschaffenheit beträchtlich. Nach Berliner Erfahrungen kann das Fleisch auch in einer gewöhnlichen Schlachthalle sogar im Sommer ohne Schaden aufgetaut werden, wenn es, wie in Berlin, rasch verbraucht wird. Die Gefrierschweine werden dort in Häften aufeinander gepackt und gut zugedeckt, so daß sie langsam auftauen. Sie sind erst nach 48 Stunden vollkommen aufgetaut. In einer Groß-Berliner Gemeinde wird das Fleisch in zwei bis drei Tagen aufgetaut, ohne daß Klagen vorgekommen sind. Allgemein wird eine Belehrung der Fachkreise als ausreichend erachtet, so daß Verkehrsbeschränkungen vermieden werden können.

Das von der Stadt Berlin zum Verkauf gelangende Gefrierfleisch ist so weit aufgetaut, daß es im Haushalt baldigst verbraucht werden kann.

## Sandsackträgerinnen auf der Arbeitsuche.

Die Schwierigkeit, in der Sandsackträgerei rasch Arbeit zu finden, ist im „Vortwärts“ schon mehrfach geschildert worden. Heute teilt man uns mit, daß Erfahrungen dieser Art auch denjenigen Trägerinnen, die durch Vermittlung des Roten Kreuzes sich um solche Arbeit bemühen, nicht immer erspart bleiben. Von dem Berliner Bureau des Roten Kreuzes (am Leipziger Platz) waren Sandsackträgerinnen an einen Unternehmer gewiesen worden, der im Hause Schützenstraße 62 eine Arbeitsausgabestelle hat. Er soll, nebenbei bemerkt, derselbe Unternehmer Blumenstein sein, aus dessen Verleib in der Warschauer Straße kürzlich in einer Trägerinnenversammlung Mitteilungen über die dort bestehenden Arbeits- und Lohnverhältnisse gemacht wurden. In der Schützenstraße mußten am Montag (4. Oktober) viele auf Arbeit wartende Frauen sich wegschicken lassen mit der Erklärung, jetzt sei keine Arbeit da, sie möchten am Nachmittag wiederkommen. Sie kamen am Nachmittag in großer Zahl wieder, aber wieder erhielten sie den Bescheid, es sei keine Arbeit da. Diesmal wurde ihnen empfohlen, erst am Donnerstag (7. Oktober) wiederzukommen und nach Arbeit zu fragen. Die Frauen, von denen viele einen weiten Weg gehat und Fahrgehalt drangegeben hatten, kehrten enttäuscht heim. Auf neue fanden dann am Donnerstag zahlreiche Frauen sich ein, und jetzt rechneten sie ganz sicher darauf, daß sie nicht vergeblich gekommen sein würden. Aber wieder mußte man ihnen mit Abschied erklären, man habe heute keine Arbeit für sie. Es läßt sich denken, daß diese dreimalige Enttäuschung unter den Frauen eine starke Erregung hervorrief. Ist es denn nicht möglich, solche für die Trägerinnen doch wahrhaftig nicht angenehmen Hin- undherfähigkeiten zu verhüten?

Gewissenlose Durschen benutzen die Not der Frauen, die sich um Arbeiten bemühen, auch dazu, sich einen frivolen Scherz mit ihnen zu machen. Ein solcher grober Unfug beschäftigt die Kriminalpolizei. In einer hiesigen Zeitung erschien folgende Anzeige: „200 Trägerinnen auf Sandsäcke, Tagesverdienst 5,50 M., gesucht.“ In den ersten Tagen erschienen in dem

angegebenen Hause Hunderte von Frauen, die sich zu der lobenden Arbeit melden wollten. Alle mußten enttäuscht umkehren und hatten zum größten Teil auch noch Fahrgehalt umsonst ausgegeben. Der Beamte, der als Auftraggeber bezeichnet wurde, wußte von nichts und hat auch noch niemals Sandsäcke nähen lassen. Die Kriminalpolizei ist bemüht, den Urheber dieses schändlichen Unfugs zu ermitteln.

## Ein fingierter Heberfall.

Zu einem recht sonderbaren Mittel hat ein junger Mensch gegriffen, um den Dienst als Postauswärtiger los zu werden. Es wird berichtet:

Der Postauswärtiger, ein junger Bursche (das Alter des „Heberfallenen“ war in dem uns überlieferten Bericht falsch angegeben. D. Red.), der Sohn eines Hausbesizers, wurde, wie wir mitteilen, anscheinend hilflos auf der Treppe des Hauses Ederstr. 7 bewußtlos aufgefunden. Zwei Frauen, die sich um ihn bemühten, erzählte er, nachdem die „Besinnung“ zurückgekehrt war, ein Räuber habe ihn niedergeschlagen und ihm die Brieftasche aus der Tasche geraubt. Die Brieftasche lagen denn auch zerrissen umher. Der Heberfallene hatte Kratzwunden an der Stirn und an beiden Wangen und klagte außerdem über Schmerzen im Leib, die von Schlägen herrühren sollten. Die Zweifel, die die Kriminalpolizei bald hegte, erwiesen sich als berechtigt. Von räumte jetzt ein, daß er den Heberfall erfunden und die Kratzwunden sich selbst beigebracht habe. Seine „hilflose Lage“ hatte er so sorgfältig selbst zubereitet, daß sie zunächst glaubhaft erscheinen mußte. Der Beweggrund zur Erfindung des Raubfalls ist der, daß der junge Bursche vom Dienst auf dem Amt 34 weg wollte. Er hatte seinem Vater schon wiederholt geklagt, daß ihm das Treppensteigen zu schwer falle. Er wollte deshalb zum Feldpostdienst oder Fahrdienst. Der Vater glaubte aber nicht an die übermäßigen Beschwerden seines Dienstes und verweigerte ihm die Erlaubnis zu einem Wechsel. So kam er auf den Gedanken, zu versuchen, auf eine andere Weise sein Ziel zu erreichen.

## Der „Vorkauf“ aus dem Lazarett.

Ein Berliner Gaunerstückchen hat gestern in Potsdam seinen Abschluß gefunden und der Geschädigte eine schwere Enttäuschung in doppelter Hinsicht bereitet. Das „Verlangen nach einem Bräutigam“ hat eine sehr vornehm auftretende Schwindlerin in den Mittelpunkt ihrer betrügerischen Berechnungen nicht ohne Erfolg gestellt. Die Unbekannte näberte sich vorgestern mit auffälliger Aufmerksamkeit der im Restaurant Berg, Charlottenstr. 69 zu Berlin, amnestierten Köchin Anna J. mit der Erklärung, ihr früher in diesem Lokal verkehrender Bruder habe als Stammgast eine tiefe Zuneigung zu ihr empfunden, und sein einziges Ziel sei jetzt, wo er mit einer Schußverletzung in der linken Hand in einem Potsdamer Lazarett liege, sie später zu heiraten. Diese frohe Nachricht ließ bei der Begehrten alle Heberliege schwinden und sie ging auch ohne Bedenken auf den Vorschlag der „künftigen Schwägerin“ ein, mit ihr nach Potsdam zu fahren, um dort den Verwundeten aus dem Lazarett loszukaufen. Hierzu seien allerdings 250 M. — für den Oberstabsarzt und den Feldwundarzt — erforderlich, und da die Schwestertante, selbst nur 50 M. für diesen Zweck übrig zu haben, so ersah sie die spätere Braut am ehesten zu diesem Zweck dienen. Billig übergab in ihrer Wohnung in der Voranung künftigen Ehegatten die Braut 200 M. In Potsdam angekommen, wußte sich die Schwindlerin des bedürftigen Opfers dadurch zu entledigen, daß sie nach einem stärkenden Imbiß in einem Lokal in der Berliner Straße plötzlich verschwand. Die wartende Braut bekam sich allmählich und eilte zur Kriminalpolizei, wo man ihr das Märchen vom Vorkauf als Beitrag klar machte. Die Enttäuschte, die mit ihrem kurzen Glück auch 200 M. verlor, schildert die Schwindlerin: ca. 35 Jahre alt, 1,70 Meter groß, unterseht, schwarzhaarig, blaues Gesicht, mit faltenreichen Zügen, gradlinige Nase. Sie trug: blauen Mantel, blauen Rock, schwarze Seidenbluse, schwarze Halbhuhe, Plüschhut mit schwarzer Feder.

## Verhaftung eines schweren Verbrechers.

Ein gefährlicher Ein- und Ausbrecher wurde Mittwoch von der hiesigen Kriminalpolizei wieder festgenommen. Der 29 Jahre alte Bohner Billi Dopy, ein gewerbsmäßiger Heber und Wohnungs-, Versteck- und Billeneinbrecher hatte nach Verbüßung von 4 1/2 Jahren Zuchthaus wegen anderer Straftaten noch 1 1/2 Jahr Gefängnis zu verbüßen. Zu diesem Zweck wurde er von Kottbus in das Zweiggefängnis Wilhelmshof in Pommern gebracht. Dort entpurrte er vor vier Wochen. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß der Gefangene in einer Wohnung in einem Hause im Tiergarten beschäftigt war. Während einige Beamte die Ausgänge besichtigten und die Fenster überwachten, drangen zwei andere so überraschend ein, daß der Verbrecher an eine Flucht nicht mehr denken konnte. Der Verbrecher mußte sich in sein Gesicht ergeben und wurde mit allen Sicherheitsmaßregeln zur Polizei gebracht.

In der Städtischen Fortbildungsanstalt am Dorotheenstädtischen Realgymnasium wird auch in diesem Winterhalbjahr Unterricht in Deutsch, Französisch, Englisch, kaufmännischem Rechnen, in Buchführung, Handelslehre und kaufmännischem Schriftverkehr, Staatsbürgerkunde, Stenographie, Maschinenschriften und Schreiben erteilt. Anmeldung wochentäglich abends von 6—8 Uhr im Amtszimmer des Direktors. Dort wird auch Rat und Auskunft inbetreff der Fortbildungsanstalt erteilt.

Kleine Nachrichten. Die 19 Jahre alte Arbeiterin Margarete W. aus der Thomaststraße zu Neukölln wurde am Mittwoch in der Küche, auf dem Fußboden liegend, tot aufgefunden. Sie hatte den Hahn der Gaslampe geöffnet und den Schlauch des Gaskochers entfernt. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

# Aus den Gemeinden.

## Petroleum für Heimarbeiter in Charlottenburg.

Für Heimarbeiter wird Petroleum in kleinen Mengen und zu festgesetzten Preisen bereitgestellt werden. In Betracht kommen nur solche Heimarbeiter, in deren Wohnung keine Zuleitung für Gas oder elektrisches Licht vorhanden ist und die ohne Ausübung der Heimarbeit ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Meldungen und Anträge nehmen bis spätestens 12. Oktober d. J. die Revierinspektionen der städtischen Gaswerke in Charlottenburg an.

## Vollständige Vorträge in Neukölln.

Dienstag, den 12. Oktober d. J., pünktlich abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Realschule Bodinstr. 34/41, veranstaltet die Stadtgemeinde mit dem Dozenten der Humboldt-Akademie Herrn Franz Järstenberg zu Charlottenburg einen Lichtbildervortrag: „Ein Besuch im alten Ägypten“. Der Vortrag ist kein Vortragsvortrag, sondern eine technische Studie, die in unterhaltender, volkstümlicher Form das Können und Wissen der alten Ägypter erläutert. Den Besuchern werden numerierte Saalplätze zugewiesen. Eintrittskarten, die gleichzeitig zur Abgabe der Garderobe berechneten, werden zum Preise von 10 Pf. am Vortragsabend von 7 1/2 Uhr ab an der Abendkasse, sowie im Vorverkauf von Freitag, den 8. Oktober, ab im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 210, verabfolgt. Nach Beginn des Vortrages kann zur Vermeidung von Störungen eine Zulassung verspätet kommender Besucher nicht erfolgen.

# Aus aller Welt.

## Die Kriegsbegeisterten am warmen Ofen.

Der Kriegsenthusiasmus, der sich besonders stark bei Leuten bemerkbar macht, die weit vom Schuss am warmen Ofen sitzen, hat den berechtigten Jörn eines italienischen Unteroffiziers entzündet. In dem von ihm geführten Tagebuch, das nach der Gefangennahme des Unteroffiziers der österreichischen Heeresleitung in die Hände fiel, befanden sich Aufzeichnungen, die folgenden Wortlaut haben: „Sie schreien: Es lebe der Krieg! und sitzen in den Cafés und Restaurants, trinken und essen und lassen sich gut bedienen. Sie haben eine lange Zigarre im Mund und den „Corriere“ (bella Sera) in der Hand und schreien: Unsere Helden sollen leben, die für das Vaterland starben! Ihr Unmenschen, kommt her! Nehmt ein Gewehr in die Hand und beteiligt euch am Kampf! Löst uns ab, nehmt unseren Platz im Schützengraben ein, wo wir jedem Unwetter ausgesetzt sind, dem Regen, dem Schneegestöber und allen Stürmen. Dann könnt ihr eure Knäbner zeigen!“

Für diese freundliche Aufforderung werden sich die Kriegsschreier natürlich sehr bedanken.

## Präsident Wilson für das Frauenwahlrecht.

Aus Washington wird gemeldet: Präsident Wilson teilte mit, er beabsichtige als Privatbürger an der Wahl in New Jersey teilzunehmen und zugunsten des Frauenwahlrechtes zu stimmen.

## Keir Gardie und der Schuhmann.

Von dem jüngst verstorbenen Genossen Keir Gardie weiß die „Daily Mail“ folgende hübsche Anekdote zu erzählen: Keir Gardies einfache Kleidung — Arbeitsrock, Mütze und rote Halsbinde — die er auch im Parlament zu tragen pflegte, setzte ihn oft Mißverständnissen und Verwechslungen aus. Eines Tages wollte Keir Gardie sich durch eine wenig gebrauchte Seitenpforte in das Parlamentsgebäude zu einer Sitzung begeben. Aber plötz-

lich traf ein Schuhmann vor ihn und sagte streng: „Der Eingang für Arbeiter ist auf der andern Seite. Sie haben wohl bei der Dachausbesserung zu tun?“ — „Nein,“ erwiderte das verblühte Parlamentsmitglied, „ich arbeite im großen Saal im Parterre.“

## Parteiveranstaltungen.

**Zweiter Kreis.** Den Lesendenleserinnen des zweiten Kreises (Süd) zur Nachricht, daß die Besichtigung der Anstalt Kleinereen am Sonntag, den 10. Oktober, stattfindet. Abfahrt 1,10 vom Anhalter Bahnhof bis Großbeeren (4. Klasse). Bei Regenwetter wird der Ausflug verschoben.

**Reinickendorf-Ost.** Sonnabend, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Lichtbildvortrag über die Befreiungskriege 1813/15 im Schönholzer „Kasernenwäldchen“ (Ramlow). Einlaßkarte zu 10 Pf. bei den Bezirksführern, der „Vorwärts“-Spedition sowie in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft erhältlich.

## Jugendveranstaltungen.

**Reinickendorf-Ost.** Die Arbeiterjugend besucht gemeinsam am Sonntag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Schönholzer „Kasernenwäldchen“ den Lichtbildvortrag über die Befreiungskriege 1813/15.

**Adlershof.** Sonntag, den 10. Oktober, findet eine Partie nach Grünheide statt. Treffpunkt 7 Uhr früh im Jugendheim, Bismarckstr. 81. Alle Freunde der Jugendbewegung sind eingeladen.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“.** Anlässlich des 20jährigen Bestehens des Vereins veranstalten die märkischen Ortsgruppen am Sonntag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Fürstengraben a. Sp. im „Gesellschaftshaus“, und am 10. Oktober an den „Rastgrabensteinen“ bei Fürstengraben eine Feiern. Abfahrt nach Fürstengraben Sonnabendabend 8,13 (nicht 8,17) und Sonntag früh 6,00 ab Schleißer Bahnhof.

**Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (M. a. G.) Hamburg.** Filiale Baumshulenkweg. Den in Kretzow wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Wolfram, Eisenstr. 101 (Gde. Riefholzstraße) stattfindet wird.

**Allgemeine Familiensterbekasse.** Sonntag, den 10. Oktober; Zahl- und Aufnahmeamt von 3-6 Uhr im Restaurant Gerichstraße 12/13; Sonnabend, den 16. Oktober, nachmittags 4 bis 5 1/2 Uhr in Wilsbau (Wilsbauer Hof).

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 2. Heft vom 1. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: James Keir Gardies Bert. Von Ed. Bernstein. — Keir Gardie und innere Politik. Von H. Kautsk. (Schluß). — Der deutsch-österreichische Jollverein. Von Anton Dörflicher. (Fortsetzung). — Seite oder Partei? Von Wilhelm Roth. — Vom Wirtschaftsmarkt. Von Heinrich Cunow.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 95 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

## Briefkasten der Redaktion.

**B. 87.** Sie müssen Antrag auf Befreiung von der Steuer für das Quartal stellen. — **B. 88.** Die Kosten betragen etwa 50 M. **B. 2.** Der Verleger ist jetzt nur wegen des höheren Preises zu empfehlen. — **B. 20.** Weil Niemand rüchlos ist und auch jetzt nicht weiter geschickt wurde, konnte der Dauswitz so verfahren. — **B. 99.** 1. Sie sind für selbständig erachtet. 2. Ja, Sie können Jahrelang verlangen. — **07-85. B. 1.** und 2. Kein. 3. Ja. 4. Das richtet sich nicht nach dem Alter, sondern nach dem körperlichen Befund. 5. Ja. — **B. 20.** Da die Krankheit innerhalb drei Wochen nach Austritt aus der Kasse auftrat, haben Sie Anspruch auf die Kassenleistungen. Der Anspruch kann jetzt noch geltend gemacht werden. — **Tornow 1000.** Sie sind für nicht selbständig erachtet und werden wahrscheinlich in einer Betriebswerkstätte beschäftigt werden. — **B. 42.** Rezept für Marmeladen, zu denen Sie sich in Nr. 26 vom 17. September 1915 und in zwei Nummern vom November und Dezember vorigen Jahres. Verschaffen Sie sich die Nummern durch die Buchhandlung des „Vorwärts“. Auch in Nr. 75 1915 im Briefkasten des „Vorwärts“ wird über das gleiche Thema kurze Auskunft gegeben. — **Reutbahn 10.** Das Gewinnscheit ist enthalten in den Nummern 23, 31 und 65 (Unterhaltungsbefehle), einzufügen bei Ihrem Spediteur oder auch in unserer Expedition, Lindenstr. 3 Laden. — **Kurt 13.** Solche Geldsendungen vermittelt die Deutsche Bank, Berlin W, Behrenstr. 9-13.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabendmittag.** Zunächst noch größtenteils bewölkt und ziemlich kühl mit öfter niederholten, im allgemeinen geringen Regenfällen. Später im östlichen Küstengebiet beginnende Aufhellung.

## Musikinstrumente.

**Gitarren** mit fünfundzwanzig Unterlegnoten 8,50, Mandoline mit Taste 9,50, Sololaute, gut eingestellte Orchesterorgeln mit Formelbuch 18,—, Gitarre, Harmonium mit eingebautem Spielapparat 145,— verkauft Ernst, Oranienstraße 166 III. 26806\*

## Kaufgesuche.

**Zahngelbte!** Bruchgold! Silberfäden, Platinabfälle, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Weisung, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelze Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Rantenscheffelstraße). 7414\*

**Radradgesch** Heberstraße 42.

**Platin, Goldschmelze, Silberfäden, Zahngelbte, Stanniol 2,—, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Weisung, Schmelze Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Rantenscheffelstraße). 292/10\***

## Unterricht.

**Teilnehmer** an einem englischen Zirkel für Anfänger werden gesucht; ebenso für Konversationszirkel. Preis monatlich 4 Mark (2 Stunden wöchentlich). Privatstunden billig. G. Ewenty, Charlottenburg, Stutigartenerplatz 9, Gartenhaus IV. 8\*

## Verschiedenes.

**Patentanwalt Müller, Göttingerstraße 16.**

## Arbeitsmarkt.

**Stellenangebote.**

**Tüchtige** Bronze- und Farbmacher sofort verlangt. Goldbleichenfabrik, Reichensbergerstraße 88. 25906

**Radigmacher** sucht Carlheiß, Reichensbergerstraße 17. 25909

**Kutscher** stellt ein Emil Herrmann, Kolonialwaren-Großhandlung, Berlin SW. 61, Teltowerstraße 57.

**Zeitungsfrauen** werden sofort eingestellt Spandau, Breitestraße 64, Vorwärts-Expedition.

**Eine** Zeitungsfrau mit Hilfe verlangt Rantow, Rühlensstraße 30, Vorwärts-Expedition.

**Wäscheputzer**

**Eisenblechverbleier**

gegen hohen Lohn sofort gesucht. Schriftliche Angeb. an Wötter, Reutbahn, Sieglisdtr. 12.

**Arbeiter**

bei gutem Lohn und event. Wohnung für dauernde Arbeit gesucht. 25896

**Papierfabrik Zehlendorf.**

**Klempner**

erste Kräfte, die bereits auf Beginnhalter für Flugzeuge gearbeitet haben, sofort gesucht. 84/20

**Maximal Apparat-Fabrik,** Wilsbaurstr. 12.

**Maschinenformer,**

**Bestoßer** und

**Gießarbeiter** sofort

verlangt. 84/18

**Eduard Pincub**

Große Frankfurter Straße 13.

**Lagerarbeiter**

verlangt **Speck,** Wilsbaurstr. 2.

**Schmiedegeselle,**

tüchtiger Beschlagmich, selbständiger Arbeiter, für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn gesucht. 84/16\*

**Anthracitschulze,** Charlottenburg,

Queblinburger Straße.

Vom Felde zurück 85/2\*  
**Dr. M. Alexander**  
Arzt für Magen- und Darmkrankheiten  
Planufer 24 a.

## Spezialarzt

**Dr. med. Wockenfuß,**  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 11-2 und 5-8

## Metallbetten

Holzrahmenbetten, Kinderbetten,  
bügeln an Bettende. Katalog frei.  
Eisenmöbelfabrik Eubi i. Thür.

**Verband d. Branerei- u. Mühlen-  
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**  
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Flaschen-  
kellerarbeiter

## David Dunkel

von der Branerei Bahnhofsstr.  
101, im Alter von 55 Jahren  
verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Oktober, nachm.  
4 Uhr, von der Leichenhalle der  
Ankerstr. 101, im Alter von 55 Jahren  
verstorben ist.

Rege Beteiligung erwartet.  
43/9 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel  
am 10. September bei einem  
Geleit mein lieber Beauftragter,  
der Wehrmann

## Georg Rüge

im 35. Lebensjahre.  
Tempelhofer, den 4. Oktober 1915.

Am liebsten Schmeiz  
Frida Weinert als Braut.  
Frau W. Weinert.

Wih. Weinert nebst Frau.  
Ernst Weinert, zurzeit im Felde.  
Vina Corlei geb. Weinert.

Auf fremder Erde schwer  
Sank bin Dein Haupt zur ewigen  
Ruh,  
Fürs Vaterland gabst Du Dein  
Leben,  
Schlaf wohl, Du tapferer Streiter  
Dui.

**Peek & Cloppenburg** BERLIN C, Gertraudenstraße 25-26-27

Katalog Nr.	Größe	Alter									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
02891	Knaben-Pyjack, dunkelblauer Cheviot	7.50	8.50	9.50	10.50	10.75	12	—	—	—	—
02892	Knaben-Pyjack, dunkelblauer Cheviot	8.50	9.50	10.50	12	—	—	13.50	—	—	—
02842	Knaben-Mantel, gemusterter Cheviot	9.50	10.50	11.50	13	—	—	14.75	—	—	—
02893	Knaben-Pyjack, dunkelblauer Cheviot	9.50	10.50	11.50	13	—	—	14.75	—	—	—
02894	Knaben-Pyjack, dunkelblauer Cheviot	12	—	13.25	14.50	16	—	17.50	—	—	—
02852	Knaben-Mantel, dunkelbrauner Cheviot	15	—	16.50	18	—	—	19.75	21.50	—	—
02859	Knaben-Mantel, olivfarbig	16.75	18.25	19.75	21.50	23.25	—	—	—	—	—
02865	Knaben-Mantel, dunkelgrün	18.50	20.25	22	—	24	—	26.50	—	—	—

Jünglings-Mäntel, Hüte, Mützen

Unsere Verkaufsräume sind Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

**Möbelfabrik Rob. Seelisch**  
BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a  
empfehlen gute preiswerte Möbel.  
Trotz des Krieges liefern

Wohnzimmer	134, 196, 293, 363, 446, 534
Schlafzimmer	242, 322, 360, 429, 495, 853
Speisezimmer	323, 447, 715, 748, 935, 1395
Herrenzimmer	205, 337, 473, 503, 576, 823
Küchen	37,25, 47, 60, 79, 94, 105, 121, 138, 193

Einrichtungen bis 10 000 M.  
Wertpapiere und Kriegsanleihe nehme zum vollen Wert anstatt bar in Zahlung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltung Berlin.  
Tel.-Amt Moritzplatz 10023, 3578. Bureau: Rungestraße 30

**Sitzung der Ortsverwaltung**  
Freitag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Rungestr. 30.

**Einjäger.**  
**Bezirks-Versammlungen**  
Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen.

**Bergolder.**  
**Branchen-Versammlung**  
Montag, den 11. Oktober, abends 6 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.

Tagesordnung:  
1. Bericht der Kommission. 2. Bericht über das Ergebnis unserer Feuerungs-  
zulage. 3. Branchenangelegenheiten.  
88/17 Die Ortsverwaltung.

## Honig selbst bereiten

Kann man auf folgende einfache Weise: Zwei Pfund Zucker, ein Viertel Liter Wasser und ein Päckchen Salus-Honig-Aroma für 10 Pfennig löse man über Feuer auf, lasse die Lösung einmal kurz aufkochen und erkalten. Dieser Zuckerhonig ist leicht verdaulich und schmeckt ebenso gut wie Bienenhonig. Salus-Honig-Aroma ist in allen Drogerien und Kolonialwaren-Geschäften erhältlich. — Jeht Päckchen portofrei (einbeid) die Coriolan-Gesellschaft m. b. H., Berlin-Schmargendorf, gegen Einsendung von 1 Mark.

Unsern Kollegen  
**Karl Schiff und Frau**  
zur goldenen Hochzeit die besten Glückwünsche.  
Die Kollegen F. J. a. H. S.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Klempner

## Otto Fischer

Reutbahn, Berliner Straße 29,  
am 3. Oktober, nachmittags 1 Uhr,  
gestorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Oktober, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen St. Jakob-  
Kirchhofes in Reutbahn, Hermann-  
straße 99/105, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Schleifer

## Max Peukert

am 6. Oktober gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonnabend, den 9. Oktober, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des Garnison-Kirchhofes in  
der Hofenstraße aus statt.

Am rege Beteiligung ersucht  
120/10 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer,  
Anstreicher usw.**  
Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser langjähriges Mitglied, der  
Maler

## Franz Stobbe

(Bezirk Charlottenburg)  
am 3. Oktober verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 8. Oktober, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Halle des  
Luisen-Kirchhofes in Charlotten-  
burg, Fürstengraben Weg, aus  
statt.

Die Ortsverwaltung.

**Den** Tod auf dem Schlachtfeld  
sah am 27. September 1915  
unser geliebter Sohn, mein über  
alles geliebter Mann, mein guter  
Bruder, Schwager und Onkel,  
der Jäger

## Karl Lüdike

im Alter von 25 Jahren.  
Dies zeigen Sie schriftlich an  
Reutbahn, den 6. Oktober 1915

**Hermann Meister und  
Frau Hedwig geb.**  
Friedrich, als Eltern,  
**Gertrud Lüdike** geb.  
Radt, als Frau,  
**Alfred Lüdike** zurzeit  
im Lazarett, als Bruder,  
**Frida Lüdike**, als  
Schwägerin,  
**Fredy Lüdike**, als  
Neffe.

Die Ortsverwaltung.

**Verantwortlicher Redakteur:** Alfred Dieckmann, Reutbahn. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.